

ZUVERSICHTLICH
LR Schöbi-Fink im
Gespräch. Seite 9



RAUCHVERBOT AKtion-Leser haben eine klare Meinung. Seiten 4,5
KONSUMENT Zwölf Kaffeefullautomaten im Test. Seite 12
FIRMENPLEITEN AK holte 148 Mio. für Beschäftigte. Seite 14



Februar 2018
Nr. 2/2018, XXII. Jahrgang
Zugestellt durch Post.at

AKtion

Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz

HALBZEIT. Mohammad und 60 andere Friseurlehrlinge haben den Kompetenzcheck zur Hälfte der Lehrzeit bestanden. ▶ Seite 15



Foto: Jürgen Gorbach / AK

Betreuung der Kinder ist zu starr

AK-Präsident Hämmerle: Vor allem im ländlichen Raum fehlen Kinderbetreuungsangebote.

BEDARF. Alle führen das Wort von der Familienfreundlichkeit im Mund. „Aber schöne Worte helfen nicht weiter“, betont AK-Präsident Hubert Hämmerle. Dass über die Notwendigkeit von familienfreundlichen Arbeitszeiten, flexiblerer Kinderbetreuung und qualifizierteren Arbeitsplätzen für teilzeitbeschäftigte Frauen offenbar Einigkeit herrscht, ist allenfalls ein erster Schritt.

Der AK-Präsident begrüßt es, dass nun endlich auch in der Industrie und beim Land klar ist, dass der von der AK seit Jahren kritisierte unzureichende Ausbau der Ganztagesbetreuung in Vorarlberg ein Wachstumshemmnis ist und Fa-

milien mit Kindern benachteiligt. „Damit und durch den strukturellen Mangel an attraktiven familienfreundlichen Erwerbsmöglichkeiten entgehen unserem Land Wohlstand und den Familien entsprechende Einkommensmöglichkeiten.“

Ausbau forcieren

Wie Abhilfe schaffen? Die Landesregierung muss den Ausbau der Kinderbetreuung überdenken, fordert Hämmerle. „Jeder Sprengel braucht, zumindest an einem Standort, eine durchgängige Ganztagesbetreuung für Kinder von null bis zwölf Jahren, um Frauen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen.“ ▶ Seiten 4, 5

Endlich Kalte Progression abschaffen

AK-Präsident Hämmerle: Bundesregierung muss endlich Taten setzen – Arbeitnehmer brauchen wirkliche Entlastung und keine Lippenbekenntnisse – Verdeckte Steuererhöhung nützt nur dem Finanzminister

STRATEGIE. Gerade setzt Finanzminister Hartwig Löger den Rotstift an. 1,5 Milliarden Euro will er einsparen. Da kommt ihm jede steuerliche Einnahme gerade recht, auch die Kalte Progression. Sie hat seit Antritt der türkis-blauen Regierung Mitte Dezember immerhin fast 70

Millionen Euro in den Staatssäkel gespült. Die Kalte Progression ist jene Erhöhung der Steuerbelastung, die zustande kommt, weil die Löhne zwar jedes Jahr steigen, die für die Lohnsteuer maßgeblichen Einkommensgrenzen aber gleich bleiben. Damit rücken von Jahr zu Jahr im-

mer mehr Arbeitnehmer in höhere Steuerklassen vor. Ihr Gehaltsplus geht ans Finanzamt.

Und Finanzminister Löger bleibt vage: Die Regierung wolle ab 2022 Schluss machen mit der Kalten Progression, wie genau, das freilich werde noch ausdiskutiert. „Das ist

abgesehen vom Datum genau das selbe, was alle Vorgängerregierungen auch versprochen haben“, sagt AK-Präsident Hubert Hämmerle und fordert ein für alle Mal ein Ende der Kalten Progression. „Die Menschen sind es leid, verträgstet zu werden.“ ▶ Seite 6

VKI soll verstaatlicht werden: Hände weg!

Die türkis-blaue Regierung plant die Verstaatlichung des Vereins für Konsumenteninformation (VKI), und mit einer Ausnahme appellieren alle Fraktionen der Vorarlberger AK-Vollversammlung: „Hände weg vom VKI!“ Nur die freiheitlichen Arbeitnehmervertreter finden die Idee von der staatlichen Übernahme lobenswert. ▶ Seiten 7, 13

Zeitwort

Wenn Politik zur Show verkommt

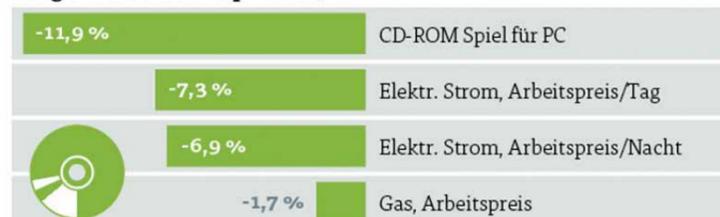
Vieles lag am Morgen nach den jüngsten Nationalratswahlen im Dunkeln. Nur so viel schien klar: Alles würde anders werden. Neu. Unverbraucht. Jedenfalls verändert, das vor allem. Man hatte den Eindruck, wir würden Österreich in kürzester Frist nicht wiedererkennen. Das hat sich bedauerlicherweise bewahrheitet.

Fast sehnt man sich nach Zeiten zurück, da Regierungspartner noch miteinander um Kompromisse rangen. Da wurde gestritten. Und ja: Niemals waren alle zufrieden. Aber war das nicht allemal besser als Hochglanz-Marketing und Stammtischparolen? Politik ist vollends zur Show verkommen. Niemand braucht sich mehr über Herrn Trump zu mokieren, der lediglich im Grad der Verhaltensauffälligkeit die Nase vorn hat. War das schön, als noch sichtbar gearbeitet und gestritten wurde.

tm

Wie haben sich die Preise 2017 entwickelt?

Die größten Preisdämpfer 2017



Die größten Preistreiber 2017



Grafik: KEYSTONE, Quelle: Statistik Austria

Ihr Kontakt zur AK Vorarlberg

Telefon zum Ortstarif 050/258

Betriebsreferat – 1500
Info Arbeitsrecht – 2000
Insolvenzrecht – 2100
Sozialrecht – 2200
Lehrling/Jugend – 2300
Arbeitsrecht Feldkirch – 2500
Familie/Frau – 2600
Konsumentenschutz – 3000
Steuerrecht – 3100
AK Bregenz – 5000
AK Dornbirn – 6000
AK Bludenz – 7000

www.ak-vorarlberg.at

[f/akvorarlberg](https://www.facebook.com/akvorarlberg)

[/user/AKVorarlberg](https://www.youtube.com/user/AKVorarlberg)

Leitartikel von AK-Direktor Rainer Keckeis

Wie soll Europa?

„Wir sind Europa“, postulierten zuletzt Land, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Man wolle sich aufmachen und Europa bei den Vorarlbergern ins rechte Licht rücken. Grund: Die wirtschaftlichen Vorteile der EU für unser Land würden zu wenig erkannt und ihnen zu wenig gehuldigt. Es überwiege unverständlicherweise der Frust. Zu mehr Lust auf die EU verhelfen sollen – das lässt die Zusammensetzung der Proponenten erahnen – jede Menge Wirtschafts-Fakten, Benchmarks und andere wichtige Kennzahlen.



» **Entscheidungen in der EU fallen nicht zufällig so, wie sie fallen.**

Ja, wissen wir eh. Aber ist das allein Europa? Wäre es nicht gescheiter, zu hinterfragen, wie der EU-Frust bei den Menschen zustande kommt?

Vielleicht liegt es ja an dem, was der EU seit Jahren von unseren Politikern so alles in die Schuhe geschoben wird. Denn in Brüssel herrscht nicht ein anonymer Beamten- und Politiker-Moloch, der jeden Tag unsägliche Dinge für uns ersinnt. Die EU hat weniger Beamte als Wien, und entschieden wird in den EU-Gremien fast alles von nationalen Ministern und Regierungs-Chefs. Zu Hause wird dann fleißig über „Brüssel“ geschimpft. Das nennt sich „EU-Bashing“ und ist nicht nur bei uns ein beliebter Politikersport. Eventuell liegt es es aber auch daran, dass in Brüssel Entscheidungen getroffen werden, die viele Menschen nicht nachvollziehen können. Beispiele gefällig? Glyphosat, TTIP oder aktuell die sogenannte „Lebensmittel-Ampel“.

Diese Entscheidungen fallen nicht zufällig so, wie sie fallen, sondern oft darum, weil 25.000 Lobbyisten bzw. ihre Auftraggeber dafür jährlich rund 1,5 Milliarden Euro investieren. NGOs, Gewerkschaften und Konsumentenschützer bringen es gerade einmal auf vier Millionen. Soll so Europa sein, damit der Frust bei den Menschen weicht?

► **E-Mail:** direktion@ak-vorarlberg.at

Gastkommentar von Peter Bußjäger

Wien, nicht nur du allein

Gelegentlich wird der Plan, staatliche Einrichtungen aus der Bundeshauptstadt in die Länder Österreichs zu verlagern, als Attacke gegen Wien disqualifiziert. Das ist ein Irrtum. Nicht alles, was peripheren Regionen nützen soll, ist gegen Wien gerichtet. Der Verlust von Arbeitsplätzen durch den Abzug einiger Behörden schadet der Bundeshauptstadt nicht, entlastet dort den Wohnungsmarkt und sorgt dafür anderswo für Wertschöpfung.

In anderen Ländern ist es mittlerweile selbstverständliche Strategie, durch gezielte Behördenansiedlungen Raumordnungspolitik zu betreiben. In der Nachbarschaft ist Bayern mit einem solchen Projekt vorangeschritten. In Skandinavien sind Dänemark, Finnland und Schweden intensiv damit beschäftigt, Einrichtungen, die bisher in der Hauptstadt lokalisiert waren, in die Regionen zu verlagern.



» **Natürlich wird niemand das Parlament ins Waldviertel verlegen wollen ...**

„Natürlich wird niemand das Parlament ins Waldviertel verlegen wollen. Aber warum muss ein Rechnungshof in Wien sein? Er prüft ja genauso die Verwaltungen der Länder und von Gemeinden. Schlimm ist, dass sogar neue Einrichtungen noch immer ohne langes Nachdenken in Wien angesiedelt werden. Ein Haus der Geschichte hätte auch anderswo ein Publikumsmagnet sein können. Auch für die Ansiedlung der EU-Agenturen, die mit dem Brexit aus London abgezogen werden, kam aus österreichischer Sicht offenbar nur Wien in Frage. Die EU hat es anders gesehen.“

► **E-Mail:** peter.bussjaeger@uibk.ac.at

Univ.-Prof. Dr. Peter Bußjäger ist Direktor des Instituts für Föderalismus.

„Mit Reda kond d'Lüt zemma“ ist das Motto von AK-Präsident Hubert Hämmerle. Nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie Ihre Fragen, Anliegen und Vorschläge zum Thema.

20. März von 14 bis 15 Uhr unter 050/258-6800

Einladung zur Telefon-Sprechstunde
Mit AK-Präsident Hubert Hämmerle

AK VORARLBERG

Stark für Sie. www.ak-vorarlberg.at

Müssen Ping-Anrufe bezahlt werden?

Muss Gertrud die Kosten für die Ping-Anrufe tragen? Werner Fitz (Lustenau) meint: „Aktive Telefonanrufe müssen grundsätzlich selbst bezahlt werden.“ Die AK sagt: Das stimmt. In einigen Fällen konnten jedoch Rechnungen über die Konsumentenberatung auf dem Wege der Kulanz reduziert werden.

Ihre Meinung ist gefragt

Wie würden Sie entscheiden?



RECHTSSTREIT. Die AKtion bittet die Leser um ihre Meinung. Ihr Rechtsempfinden ist gefragt! Aus unserer Beratung im Arbeits-, Sozial- und Konsumentenrecht schildern wir reale, anonymisierte Fälle. Schlüpfen Sie für einen Augenblick in die Rolle des AK-Experten. Wie würden Sie entscheiden? Die Auflösung finden Sie in der nächsten Ausgabe.

FRAGE: Kann Anna ihr Lehrverhältnis in der Probezeit selbst kündigen?

- Ja, weil ... ● Nein, weil ...

Schreiben Sie an AK Vorarlberg, Leserforum, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, per E-Mail an leserbrief@ak-vorarlberg.at oder auf [f /akvorarlberg](https://www.facebook.com/akvorarlberg)

Impressum

Aktion Die Vorarlberger Monatszeitung für Arbeit und Konsumentenschutz ► Herausgeber, Medieninhaber und Sitz der Redaktion: AK Vorarlberg, Widnau 2-4, 6800 Feldkirch, E-Mail: presse@ak-vorarlberg.at ► Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe www.ak-vorarlberg.at/impresum.htm ► Redaktion: Dietmar Brunner, Jürgen Gorbach, Thomas Matt, Arno Miller ► Infografik: Gerhard Riezler ► Druck: Russmedia Verlag GmbH, Schwarzach

Aus Gründen der Lesbarkeit wird in der AKtion überwiegend die männliche Form verwendet. Selbstverständlich sind Frauen und Männer gleichermaßen angesprochen.



Die Wortverbindung aus „Steuer“ und „Paradies“ verschweigt, dass am Fiskus vorbeigeschwindelte Milliarden die Sozialsysteme schwächen.

AK fordert: Schluss mit dem Eiertanz um Steueroasen

Steueroasen und Steuertricks kosten die Normalbürger Vermögen – Mit der Kampagne „No to Tax Havens“ informiert die AK über Steuerungerechtigkeit und ruft zum Widerstand auf.

SCHLUPFLÖCHER. Zwischen 100 und 240 Milliarden US-Dollar verlieren Staaten weltweit jedes Jahr, weil Steuervermeidung heute zum guten Ton gehört. Was dem einfachen Steuerzahler verwehrt bleibt, nutzen multinationale Konzerne und sehr vermögende Privatpersonen weidlich aus: Sie verwenden Steueroasen, Briefkastenfirmen, Trusts, Offshore-Geschäfte und vieles mehr, um ihre Gewinne an den nationalen Steuerbehörden vorbei in „sichere Häfen“, eben in „Tax Havens“, zu schleusen. Diese Schlupflöcher sind – großteils – zwar legal, das System sorgt jedoch für immense Steuerausfälle und nährt die Wut bei jenen Bürgern, die brav ihren

Obolus an den Finanzminister abliefern. Gerechtigkeit sieht anders aus.

Schlechte Erfahrungen

Mit der Kampagne „No to Tax Havens“ erhöht die AK seit fast anderthalb Jahren den öffentlichen Druck auf die EU-Entscheidungsträger, damit die von der EU-Kommission angekündigten Maßnahmen gegen Steueroasen und für mehr Steuerungerechtigkeit auch umgesetzt werden. Erfahrungen aus der Vergangenheit haben gezeigt, dass Vorhaben auf EU-Ebene allzu oft auf die lange Bank geschoben, verwässert oder schließlich derart verändert wurden, dass sie sich gegen die Inter-

essen der Bevölkerung richten. Zu Jahresbeginn haben die EU-Finanzminister eine eben erst eingerichtete schwarze Liste von Steueroasen gleich wieder drastisch gekürzt.

Klare Forderungen

Dabei geht es beim Kampf gegen Steuervermeidung im großen Stil nicht nur um die Finanzierbarkeit unseres Sozialgefüges, das sich auch um die Schwächeren und Benachteiligten kümmert. Bereits im Mai 2016 hat die Vollversammlung der AK Vorarlberg einstimmig den Gesetzgeber aufgefordert, die geplanten Maßnahmen von OECD und EU-Kommission zu unterstützen: Gewinne dürfen nicht dorthin verschoben werden, wo die niedrigsten Steuern verlangt werden, es braucht eine weltweite Meldepflicht für Vermögens- und Kapitaltransfers in Steueroasen, Briefkastenfirmen gehören weg.

► **Kampagne:** Unterstützer können sich auf www.nototaxhavens.eu eintragen.

EU – Schwarze Liste der Steueroasen

● Diese acht Steueroasen hat die EU wieder von ihrer „schwarzen Liste“ der Steuersünder herunter genommen. Die Länder wurden in eine eigene Kategorie für genaues Monitoring verschoben.



Gratifik: KEYSTONE, Quelle: APA/EU-Kommission



MEIN RECHT AUF EIN GERECHTES STEUERSYSTEM.

DAFÜR STEHT MEINE AK.

ak-vorarlberg.at

Minister: Transparenz nicht so wichtig

ÖVP-Finanzminister Hartwig Löger spricht sich gegen das sogenannte öffentliche Country-by-Country-Reporting aus, über das im EU-Parlament und zwischen den EU-Finanzministern verhandelt wird. Ein öffentliches Country-by-Country-Reporting sei „nicht unbedingt erforderlich, um effektiver für Steuergerechtigkeit kämpfen zu können“, so Österreichs Finanzminister.

Im Rahmen dieser geplanten Transparenzregeln – auch genannt „öffentliche länderweise Berichterstattung“ – sollen in der EU tätige Großkonzerne verpflichtet werden, Informationen wie Umsätze je Land, Gewinne und entrichtete Gewinnsteuern zu veröffentlichen. Dies soll dabei helfen, Steuervermeidung durch Konzerne zu bekämpfen. Steuervermeidung internationaler Konzerne im großen Stil richtet weltweit enormen Schaden an.

„Kann das Kind ja nicht in die Fabrik mitnehmen“

AK fordert Land auf, den Ausbau der Kinderbetreuung zu überdenken – Jeder Sprengel braucht zumindest an einem Standort eine durchgängige Ganztagesbetreuung für Kinder von null bis zwölf Jahren.

NACHFRAGE. „Am Faschingsdienstag wurde wieder bewiesen, dass man als Eltern von Schulkindern besser nicht einer geregelten Arbeit nachgehen sollte.“ Die 40-jährige Sandra B. erzählt sich den Frust von der Seele. Sie arbeitet in einem großen Dornbirner Produktionsbetrieb. Ihre siebenjährige Tochter besucht die Volksschule. Aber am Faschingsdienstag haben Schulkindernachmittags frei. „Ich hab also für meine Tochter Mittagessen und Nachmittagsbetreuung gebucht.“

Das haben viele Mütter und Väter getan. Nur Sandra hatte Pech. Ein paar Tage später erhielt sie die Nachricht, dass ihre Tochter schon um elf Uhr nach Hause ge-

schickt wird. „Mittagessen und Nachmittagsbetreuung entfielen.“

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Sandra und ihr Partner arbeiten extra in Teilzeit, „wir verzichten auf Gehalt und Karriere und geben Geld für Nachmittagsbetreuung aus“. Und dann ist Faschingsdienstag oder Skitag, Wandertag oder letzter Tag vor irgendwelchen Ferien, Fortbildung der Lehrer, schulautonomer Ferientag usw. Dazu kommen noch die 16 Wochen Ferien, kurz: „Unser Organisationstalent wird ständig gefordert. Was auf der Strecke bleibt, ist die Konzentration in der Arbeit! Aber wir wollen, wir müssen arbeiten! Und in Teilzeit wollen wir die Zeit in der Arbeit auch mindestens 100 Prozent geben.“

Dauerbrenner Kinderbetreuung

„Sandras Beispiel steht für viele.“ Das weiß AK-Präsident Hubert Hämmerle aus unzähligen Gesprächen mit Betroffenen. Dem Ruf der Industrie nach mehr weiblichen Arbeitskräften hält er das Dilemma der Arbeitswelt entgegen, wie sie wirklich ist: „Es gebricht in vielen Firmen an familienfreundlichen Arbeitszeitmodellen – auch für Männer – und an gutbezahlten Jobs für Frauen sowieso.“

Dabei ist der wachsende Bedarf an Kinderbetreuung alles andere als ein gut gehütetes Geheimnis. Der Betreuungsbedarf in Vorarlberg wird bis 2021 weiter ansteigen, entnimmt MMag. Eva King (AK-Grundlagenarbeit) der Trendforschung des Instituts für Familienforschung.

„Bei den Drei- bis Unter-Sechsjährigen werden fast alle Kinder betreut werden müssen. Auch bei den Ein- und Zweijährigen ist mit starken Anstiegen zu rechnen.“ Fazit: „Es reicht nicht, wenn das Land heuer um 400 Betreuungsplätze aufsto-

voll ausgebucht. Vier Pädagoginnen kümmern sich um die Kleinen. Die Stadt Bludenz ist Trägerverein, Getzner bezahlt einen Jahresbetrag und unterstützt auch die Mitarbeiterinnen, die ihre Kinder dem „Buntstiftle“ anvertrauen, finanziell.

Es fehlen familienfreundliche Arbeitszeitmodelle – und gut bezahlte Jobs für Frauen sowieso.

Hubert Hämmerle
AK-Präsident



cken will“, sondern „es geht vor allem um die Verfügbarkeit von Ganztagesbetreuung für Kinder von null bis sechs und um schulische Nachmittagsbetreuung“.

Getzner „Buntstiftle“

Die Bludener Getzner Textil AG hat in ihrem Bereich reagiert. Sie fand in der Stadt einen guten Partner. „Wir haben im März 2017 mit einer Umfrage im Unternehmen den Bedarf erhoben“, erzählt Betriebsratsvorsitzende Perrine Burtscher. Mitarbeiterinnen waren an sie und an Personalchef Matthias Walter herangetreten, „vor allem mit der Bitte um Betreuungsmöglichkeiten für Ein- bis Dreijährige“. Die Umfrage konkretisierte die Wünsche: „Die Frauen stellten sich Betreuungszeiten von 06.45 bis 17 Uhr vor, auch ein Mittagessen war erwünscht.“

Heute ist die Kinderbetreuung, „Getzners Buntstiftle“, die am 5. September 2017 für anfangs fünf Kinder aufsperrte, mit 17 Kindern

„Mit bis zu 1000 Euro im Jahr, je nach Inanspruchnahme des Betreuungsangebots“, sagt Personalchef Matthias Walter. Schon wurde der Wunsch laut, das Angebot auszuweiten. Vielleicht kommt ein Kindergarten dazu? Aber das ist noch nicht spruchreif. Jedenfalls haben sich schon andere Betriebe das Getzner Modell der Kooperation mit der Standortgemeinde angeschaut, das vielleicht bald schon Schule macht.

Kind in der Werkhalle?

Sandra B. aus Dornbirn muss indes weiter schauen, wie sie zurande kommt. Am Faschingsdienstag hat eine Freundin, die vor demselben Problem stand, ihre Tochter kurzerhand mit zur Arbeit genommen. „Sie arbeitet in einem Pflegeheim, da ging das.“ Für Sandra kam das nicht in Frage. „Als Projektleiterin ist mein Arbeitsplatz oft mitten in der Fertigung“, sagt sie und schüttelt den Kopf. „Ich kann das Kind doch nicht in die Fabrik mitnehmen.“



Die Frage der Kinderbetreuung stellt vi

Da fahren Gabelstapler, Maschinen laufen. Ich müsste die Kleine bei jedem Gang zur Toilette begleiten.“

Nein, das kann sie nicht. Aber die Landesregierung sollte den Ausbau



Perrine Burtscher: „Mit 17 Kindern sind wir voll belegt.“



Die türkis-blaue Bundesregierung hat sich vom

Dies ist leider ein Rückschritt, der nicht akzeptiert werden kann.

Kurt Bechter, Bregenz

Ich finde den Rückzug vom generellen Rauchverbot unverantwortlich, gesundheitsschädigend für die Passivraucher und ebenso ein Imageverlust für das Naturland Österreich. Wieso klappt das in einem großen Land wie in den USA und bei uns nicht? Wer rauchen will, soll das zu Hause machen, verboten gehört es weiterhin an allen Plätzen, wo Menschen zusammenkommen und diesen Gestank dann auch noch mit aushalten müssten. Ein schönes Beispiel ist der Flughafen Zürich. Dort werden die Raucher in einen Glaskasten verbannt. Was man sieht, sind nur noch Nebelschwaden und mittendrin ein paar sich bewegende und hustende Menschen, die ihre Sucht nicht loslassen können. Dort stören sie niemanden, im Gegenteil, sie werden nur belächelt von den Mitmenschen, die die saubere Luft weiter einatmen dürfen.

Carolin Laterner, Bürs

Eine absolut falsche Entscheidung, da viele Wirte sich bereits auf die neue rauchfreie Situation eingestellt haben. Vom gesund-

heitlichen Aspekt sowohl für die Mitarbeiter als auch für die Gäste sollte es rauchfrei bleiben. Man darf berechtigterweise Vernunft der Bevölkerung hoffen, vielmehr auch im Rahmen eines Volksbegehrens.

Ernst Aßmann, Ludesch

Meiner Meinung nach sollte der von der „alten, rot-schwarzen Regierung“ ausgearbeitete Gesetzesentwurf in Kraft treten. Ich sehe das als in der Pflege tätiger Mensch total unverständlich, ein Gesetz, das die Gesundheit der Menschen schützt, zu „kippen“! Ein Rückzug zurück! Für mich ein „koalitionärer Deal“!

Peter Buchner, Dornbirn

Die Raucher-Lobby scheint immer noch stark zu wirken, denn sonst könnte man angesichts der Tatsache, dass der Raucher selbst und sogar der Nichtraucherpaar hoch gesundheitsgefährdet sind, das Rauchverbot in Frage gestellt werden sollte endlich damit anfangen, dass die Raucher eine spürbar höhere Krankenkassenversicherung in Kauf nehmen muss.

Ulrich Widenmann, Lochau



Fotos: Jürgen Gorbach / AK

Die junge Vorarlbergerinnen regelmäßig vor große Probleme.

der Kinderbetreuung überdenken, fordert AK-Präsident Hämmerle. Nicht einmal jeder sechste Kindergarten im Land entspricht den Kriterien für Vereinbarkeit von Beruf

und Familie, wie eine Untersuchung der AK 2017 zeigt. „Jeder Sprengel braucht zumindest an einem Standort eine durchgängige Ganztagesbetreuung für Kinder von null

bis zwölf Jahren, um Frauen eine Berufstätigkeit zu ermöglichen.“

► **Info:** Den Kinderbetreuungsatlas der AK finden Interessierte im Web unter kba.ak-vorarlberg.at

Wettbüro: Filialleiter als Arbeiter geführt und gekündigt

Juristen der AK deckten terminwidrige Kündigung auf – Angestellter erhielt Entschädigung

KORRIGIERT. Der ehemalige Filialleiter eines Wettbüros wandte sich mit der Bitte um Hilfe an die AK Vorarlberg. Für diese Branche gibt es keinen Kollektivvertrag. Der Mann war als Arbeiter angemeldet und beim Arbeitgeber auch so geführt worden. Er wurde unter Einhaltung der im Arbeitsvertrag vereinbarten Kündigungsfrist von 14 Tagen gekündigt. Als er aber bei der Arbeiterkammer um Auskunft bat, stellte sich heraus, dass eine frist- und terminwidrige Kündigung vorlag.

Tätigkeit eines Angestellten

Der Mann wurde im Wettbüro als Arbeiter geführt. Tatsächlich handelte es sich bei den von ihm wahrgenommenen Tätigkeiten jedoch eindeutig um die eines Angestellten. Laut Angestelltengesetz gelten die Bestimmungen dieses Gesetzes für das Dienstverhältnis von Personen, die im Geschäftsbetrieb eines Kaufmannes vorwiegend zur Leistung kaufmännischer oder höherer, nicht kaufmännischer Dienste oder zu Kanzleiarbeiten angestellt sind.

Was ein wenig umständlich klingt, war im vorliegenden Fall glasklar. Der Mann hatte eine Filiale des Wettbüros geleitet und dabei zweifelsfrei kaufmännische und höhere, nicht kaufmännische Dienste im Unternehmen wahrgenommen. Kurzum, er hätte als Angestellter angemeldet werden müssen. Deshalb galten für sein Arbeitsverhältnis auch die für Angestellte geltenden Gesetzesbestimmungen, insbesondere die Kündigungsbestimmungen des § 20 im Angestelltengesetz.

Mangels anderer Vereinbarung (die arbeitsvertragliche Vereinbarung einer Kündigungsfrist von 14 Tagen bei Angestellten ist nichtig) kann gemäß Angestelltengesetz der Dienstgeber das Dienstverhältnis nur mit Ablauf eines jeden Kalendervierteljahres durch Kündigung lösen. Nun war der Mann noch nicht ein ganzes Jahr beim Arbeitgeber beschäftigt. Die vom Arbeitgeber einzuhaltende Kündigungsfrist, die mit dem folgenden Kalenderviertelenden sollte, betrug somit sechs Wochen.

Entschädigung zugesprochen

Im Falle einer frist- und terminwidrigen Kündigung gebührt Arbeitnehmern laut Gesetz eine Kündigungsentschädigung. Der Anspruch umfasst sowohl das laufende Entgelt, auf das der Arbeitnehmer während der fiktiven Kündigungsfrist Anspruch gehabt hätte, als auch die anteiligen Sonderzahlungen sowie sonstige Entgeltbestandteile einschließlich der Urlaubersatzleistung des auf diesen Zeitraum entfallenden aliquoten Urlaubs. Im Fall des Wettbüromitarbeiters konnte die AK eine Kündigungsentschädigung aufgrund der frist- und terminwidrigen Kündigung für zwei Monate geltend machen.

► **Kontakt:** Die Experten der AK Vorarlberg sind gerne für Sie da. Sie können in allen Bezirken Termine vereinbaren:
Feldkirch, Telefon 050 / 258 2500, Bregenz, Telefon 050 / 258 5000, Dornbirn, Telefon 050 / 258 6000, Bludenz, Telefon 050 / 258 7000

Das generelle Rauchverbot wieder verabschiedet. Und das sagen unsere Leser:

arbeit...
 chfrei...
 auf die...
 elleicht...
 ens.

Die Verabschiedung des generellen Rauchverbotes finde ich sehr enttäuschend. Traurig, wie mit dem Nichtraucherchutz umgegangen wird. Zudem macht sich Österreich schon wieder lächerlich.

Elisabeth Mathis, Mäder

der...
 sgehan...
 n! Es...
 Mensch...
 den...
 Schritt...
 Kuh-

Ich bin auch für eine größtmögliche Freiheit für jeden, solange durch das Rauchen keine Beeinträchtigung entsteht. Was ich ablehne, sind frühere Verhältnisse, wo jeder Genuss in Kaffeehäusern und sonstigen Lokalen durch Raucher beeinträchtigt wurde, und wo der Geruch aus Kleidern kaum noch verging. Andererseits hat ein kleiner Betrieb kaum die finanziellen Möglichkeiten, einen getrennten Raucherbereich zu schaffen. Per Saldo tendiere ich daher dazu, die Maßnahme der blau-türkisen Regierung abzulehnen.

Andrea Ender, Götzis

och...
 nicht...
 ucher...
 assiv...
 s...
 n. Man...
 der...
 enver-

Unglaublich :(Italien hat gezeigt, dass es geht, also generelles Rauchverbot!

Sigrid Brunner, Fußsach

Es ist eine inkonsequente, falsche und populistisch motivierte Maßnahme, um das FPÖ-Zielpublikum zu umgarnen. Mit

Gesundheitsüberlegungen hat das nichts zu tun, im Gegenteil, Nichtraucher und Gastronomiepersonal werden dadurch massiv gefährdet.

Heinz Rhomberg, Bregenz

Das generelle Rauchverbot muss bleiben!

Herbert Burtscher, Bregenz

Ich finde das überhaupt nicht gut. Es sollten die Nichtraucher besser geschützt werden und es sollte auch verhindert werden, dass mehr Menschen zu Rauchern werden.

Karin Lugauer, Feldkirch

Ich finde, dass das Rauchverbot wie in anderen Ländern durchgezogen werden sollte. Das funktioniert da auch sehr gut, und jetzt wieder eine Änderung verursacht nur unnötige Kosten.

Bernhard Klien, Hohenems

Es ist traurig, dass diese Regierung nicht fähig ist, etwas durchzusetzen. Ich habe mich schon sehr auf rauchfreie Restaurants gefreut.

Maria Peball, Fußsach

Leider hat die neue, türkis-blaue Regierung das generelle Rauchverbot gekippt. Das ist

ein Rückschritt in der Gesundheitspolitik. Ich werde jedenfalls Lokale, wo geraucht wird, meiden.

Trude Gobbi, Höchst

Schade, ich habe mich schon auf das rauchfreie Essen gefreut.

Margarita Deuring, Bregenz

Also ich halte davon gar nichts. Ich bin für ein generelles Rauchverbot. Für mich ist es unverständlich, dass es nicht kommen soll. Ich würde dafür unterschreiben bei einer Volksabstimmung.

Andrea Lichtenberger, Dornbirn

Das ist wieder mal typisch Österreich – schade!

Eduard Frank, Hohenems

Diese neue Entscheidung gefällt mir gar nicht. Das generelle Rauchverbot ist aus Gesundheitsgründen die richtige Entscheidung. Schade, dass es wieder zu einem komplizierten Weg führt.

Christian Schlägl, Ludesch

Ich als Nichtraucherin bin strikt gegen Rauchen in Restaurants bzw. auch in Bars, wo

gegessen wird. Es ist traurig, dass die Regierung nun alles wieder ändert. Die „armen“ Restaurant-Besitzer, die ganzen Investitionen ... Sogar die Türkei (als Raucherland) hat es schon vor Jahren geschafft.

Daniela Berchtold, Feldkirch

Man soll nicht immer die Bürger bevorzugen!

Klaus Steiner, Feldkirch

Leider ein Armutszeugnis für die Gesundheit.

Dieter Assmann, Braz

Finde ich ganz schrecklich.

Maria Speckle, Feldkirch

Das ist schon in Ordnung. Es kann doch jeder selber entscheiden, in welches Restaurant er gehen will.

Theresia Strohmajer, Hohenems

Ein Rauchverbot in allen Lokalen gehört her.

Manuel Aberer, Götzis

Foto: stock.adobe.com

Weiberkram
von Univ.-Prof.
Irene Dyk-Ploss



Zu wenig, zu viel?

Zu wenige der Forderungen des Frauenvolksbegehrens 1997 seien erfüllt worden, sagen die Initiatorinnen des neuen Anlaufs mit dem Zusatz 2.0. Zu viel werde in dem Frauenvolksbegehren 2018 verlangt, viel Unrealistisches, sagen die Kritikerinnen und auch die Bundesministerinnen von Türkis-Blau, die geschlossen nicht unterschreiben wollen. Das wiederum verärgert die Aktivistinnen und Frauenvertreterinnen anderer Parteien – obwohl es eigentlich seltsam wäre, wenn Ministerinnen derart Forderungen an ihre eigenen Ressorts erheben würden. Jedenfalls: Eine Arbeitszeitreduzierung um ein Viertel und gleichzeitig ein Mindestlohn, der in etwa dem derzeitigen weiblichen Durchschnittseinkommen entspricht – das ist im wahrsten Sinne des Wortes zu viel verlangt. 25 neue Frauenhausplätze jährlich für ganz Österreich: Das ist wiederum bitter wenig. „Zweng und zvüh is Narrnzüh“, sagt der Volksmund. (Zu wenig und zu viel ist Narrenziel.)

► **E-Mail:** irene.dyk@jku.at

2018: Neue wichtige Bestimmungen

Gesetzliche Bestimmungen ändern sich laufend. Vor allem im Bereich Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht ist es wichtig, den Überblick zu bewahren. Deshalb hat die AK Vorarlberg alle Gesetze und Verordnungen, die heuer Gültigkeit haben, übersichtlich in einer Broschüre zusammengefasst, damit die Vorarlberger Arbeitnehmer immer auf dem Laufenden sind. Das 125 Seiten starke Heft ersetzt jedoch bei konkreten Problemen nicht die persönliche Beratung. Wenden Sie sich bei Fragen an die Rechtsexperten der AK Vorarlberg, die Ihre Interessen kompetent vertreten.



► **Bestellung:** Die Broschüre „Wichtige Bestimmungen 2018“ kann jeder bequem online unter www.ak-vorarlberg.at durchblättern, downloaden und auch bestellen.



Dass die Regierung den Bürgern noch immer die Kalte Progression abpresst, ist für AK-Präsident Hämmerle völlig inakzeptabel.

„Wann werden Bürger endlich entlastet?“



AK-Präsident Hämmerle: „Dass Kurz & Co untätig bleiben, verhöhnt die Menschen.“

Kalte Progression beschert Regierung wieder fast 70 Millionen Euro mehr – Geld fehlt den Arbeitnehmern – AK-Präsident fragt: Warum ist die Regierung weiter untätig?

TATENLOS. Durch die Kalte Progression verlieren Österreichs Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer jeden Tag rund eine Million Euro. Allein seit dem Amtsantritt der neuen Regierung am 18. Dezember 2017 sind es schon wieder fast 70 Millionen Euro, die den arbeitenden Menschen zusätzlich an Steuern aus der Tasche gezogen werden. Noch vor der Nationalratswahl 2017 übertrafen sich die Parteien mit vollmundigen Ankündigungen zur Abschaffung der Kalten Progression. Deshalb ist es für AK-Präsident Hubert Hämmerle geradezu eine Verhöhnung der Beschäftigten, dass diese wichtige Maßnahme offenbar

wieder auf die lange Bank geschoben wird.

Am 1. Jänner 2016 trat die letzte Steuerreform in Kraft. Das Entlastungsvolumen hat für die Arbeitnehmer knapp fünf Milliarden Euro betragen. Doch die Wirkung verpufft. Dafür sorgt die Kalte Progression. Sie entsteht, weil zwar Löhne und Gehälter durch die von den Sozialpartnern ausverhandelten Lohnerhöhungen steigen, die Steuertarifstufen sowie die Frei- und Absetzbeträge aber nicht an die Inflation angepasst werden. Somit rutschen die arbeitenden Menschen automatisch in höhere Steuerklassen. Das macht pro Tag über eine Million Euro an Steuern aus, pro Jahr sind es rund 450 Millionen. „Seit der Einführung der Steuerreform ging

bereits mehr als eine Milliarde Euro an Entlastung verloren“, bilanziert der AK-Präsident. Lohnerhöhungen kommen kaum mehr bei den Menschen an.

Wann, wenn nicht jetzt?

Aktuell brummt die Wirtschaft, die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie. Beste Voraussetzungen für die Regierung, die Kalte Progression ein für alle Mal zu eliminieren. „Es ist eine Verhöhnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass Kurz & Co in dieser Frage untätig sind“, sagt Hämmerle, „obwohl sie genau wissen, dass die Menschen das Geld dringend brauchen, weil die Lebenshaltungskosten ständig weiter in die Höhe schießen.“

Bregenzerwälderin verlor durch Scheidung finanzielle Grundlage

Ihre monatliche Pension reichte nicht einmal an die Ausgleichszulage heran – AK Vorarlberg konnte ihr schlussendlich zu mehr Geld verhelfen

GESCHIEDEN. Als im Jahr 1997 die Ehe einer heute 63 Jahre alten Bregenzerwälderin in die Brüche ging, stimmte sie auf Anraten ihres Anwalts einem Vergleich zu, der ihr lediglich Unterhaltsleistungen für die Dauer von fünf Jahren zusicherte. Im Gegenzug verpflichtete sich der Exgatte, die gemeinsamen Schulden alleine zu tilgen.

Als dann die Bregenzerwälderin letztes Jahr im Alter von 62 Jahren ihren wohlverdienten Ruhestand antrat, musste sie mit Entsetzen feststellen, dass die österreichische Pension zusammen mit einer kleinen liechtensteinischen Altersrente mehr als 100 Euro unter dem Ausgleichszulagenrichtsatz für Al-

leinstehende lag. Während andere Kleinstpensionen bis zu dem oftmals als „Mindestpension“ bezeichneten Ausgleichszulagenrichtsatz für Alleinstehende in Höhe von 889,84 Euro (Wert 2017) monatlich aufgestockt werden, wurde dieser Pensionistin die Ausgleichszulage wegen der Anrechnung eines fiktiven Ehegattenunterhalts – den sie ja nicht erhält – abgelehnt.

Die Rechtslage

Grundsätzlich ist bei der Errechnung der Ausgleichszulage auch der fiktive Unterhalt eines geschiedenen Gatten anzurechnen, wenn in rechtsmissbräuchlicher Art und Weise darauf verzichtet wird. Ein Rechtsmiss-

brauch läge vor, wenn bei einer Scheidung mit Blick auf eine höhere Ausgleichszulage bewusst auf Unterhalt verzichtet wird. Es soll nicht so sein, dass statt des geschiedenen Ehegatten die Versicherungsgemeinschaft die Zeche zahlt.

Für die Bregenzerwälderin ist schließlich alles gut ausgefallen. Die Juristen der Sozialrechtsabteilung ihrer AK konnten am Arbeits- und Sozialgericht beweisen, dass sie beim Verzicht auf Unterhalt in ihrem Scheidungsverfahren 1997 nicht die Ausgleichszulage im Kopf hatte. Sie hat damals nicht einmal gewusst, was die Ausgleichszulage überhaupt ist. Das Arbeits- und Sozialgericht hat der Frau inzwischen



Bei dieser Pension tut jeder einzelne Euro gut.

mit rechtskräftigem Urteil eine Ausgleichszulage in Höhe von 109,67 Euro 14-mal pro Jahr zugesprochen.

► **Kontakt:** Wenn Sie dem AK-Sozialrecht eine E-Mail schicken, schreiben Sie bitte Ihre Adresse und eine Telefonnummer für Rückfragen dazu. E-Mail: sozialrecht@ak-vorarlberg.at, Telefon: 050/258 2200

Was bringt „mehr Staat“ im VKI?

Konsumentenschützer wehren sich gegen geplante Verstaatlichung.

INGRIFF. Die türkis-blaue Bundesregierung will mehr Einfluss auf den Verbraucherschutz. Dafür soll der Verein für Konsumenteninformation (VKI) umgebaut werden. Die zuständigen Ministerien für Soziales und Konsumentenschutz (FPÖ) sowie das Justizressort (ÖVP) wollen zu ordentlichen VKI-Mitgliedern werden, im Gegenzug soll die Arbeiterkammer diesen Status verlieren. Der VKI ist 1961 auf Sozialpartnerebene gegründet worden. Wirtschafts-

kammer und Gewerkschaft haben sich vor Jahren zurückgezogen. Heute ist nur mehr die Arbeiterkammer beteiligt. Sie nun hinauszudrängen, verfolgt in den Augen von AK-Präsident Hubert Hämmerle nur ein Ziel. „Damit sollen offenbar lästige Verbandsklagen des VKI gegen die Finanz- und Versicherungsbranche unter Kontrolle gebracht werden“, vermutet er. Wie sehen das die Fraktionsobleute der AK Vorarlberg? Wir haben nachgefragt.



Foto: Jürgen Gorbach / AK

Auch über die Zeitschrift „Konsument“ veröffentlicht der VKI jede Menge nützlicher Informationen.

Liste AK-Präsident Hubert Hämmerle – ÖAAB/FCG



Fraktionsobmann Bernhard Heinzle

ATTACKE. Ab und zu versteht man die Welt nicht mehr. Einerseits verlangt Türkis-Blau von der Arbeiterkammer, sie müsse ihren Service für die Mitglieder ausbauen. Dann legt die AK ein Angebot, dass sie die Finanzierung des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) zur Gänze übernimmt, der Bund sich das Geld sparen kann. Und was macht die Regierung? Weil es ihr machtpolitisch nicht in den Kram passt,

Türkis-Blau reitet Attacke gegen „freien“ Konsumentenschutz

will sie die AK als einziges ordentliches Mitglied vor die Türe setzen und stattdessen weisungsgebundene Lakaien aus dem Sozial- und dem Justizministerium installieren. Der Hintergrund ist einleuchtend: Weil der VKI seit 1961 als gemeinnützige und unabhängige

Organisation durch seine Tests und Untersuchungen in Wirtschaftskreisen immer wieder für Aufruhr sorgt, soll er jetzt an die Kandare genommen werden. Soll heißen: in Zukunft keine unangenehmen Erhebungen, Sammelklagen, Verbandsklagen und Tests

mehr. Sozusagen Konsumentenschutz „situationselastisch“. Spannend wird, wie Türkis-Blau für diese Attacke gegen einen unabhängigen Konsumentenschutz das Vereinsgesetz aushebelt. Schließlich bestimmen in einem Verein die Mitglieder, wo es langgeht. Und ordentliches Mitglied ist derzeit „leider“ nur die AK.

► **E-Mail:** bernhard.heinzle@gpa-djp.at

Liste Manuela Auer – FSG



Fraktionsobfrau Manuela Auer

UNABHÄNGIG. In einer immer unübersichtlicheren Waren- und Einkaufswelt kommt dem Schutz der KonsumentInnen große Bedeutung zu. Die österreichischen VerbraucherInnen können sich seit den frühen 1960er-Jahren auf eine starke Stimme verlassen. Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) kämpft seit damals konsequent und sehr erfolgreich für den Verbraucherschutz. Allein 2017 wurden vom VKI

Konsumentenschutz braucht Unabhängigkeit!

über 500 Millionen Euro für die KonsumentInnen erkämpft.

Der türkis-blauen Bundesregierung gehen diese Erfolge aber offensichtlich zu weit. Kurz und Strache wollen die Arbeiterkammer als Vereinsmitglied de facto aus dem Verein drängen und

stattdessen das ÖVP-geführte Justiz- und das FPÖ-geführte Sozialressort als ordentliche Vereinsmitglieder installieren.

Aufgabe einer Bundesregierung wäre es jedoch, die Unabhängigkeit des Vereins mit der Sicherstellung der

Finanzierung zu gewährleisten. Aber türkis-blau will mit dem alleinigen Zugriff die künftige Vereinsarbeit beeinflussen. Effektiver Konsumentenschutz darf jedoch nicht am Gängelband einer Regierung hängen, die sich ganz offensichtlich der Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen verschrieben hat.

► **E-Mail:** manuelaauer@manuelaauer.at

Liste Freiheitliche + Parteifreie Arbeitnehmer – FA



Fraktionsobmann Michael Koschat

ERSTER SCHRITT. Nachdem der Verein für Konsumenteninformation (VKI) unter Rot und Schwarz jahrelang finanziell ausgehungert und lediglich mit einzelnen mageren Zwischenfinanzierungen am Leben erhalten wurde, ist eine Neugestaltung des VKI aus unserer Sicht richtig und wichtig. Der seit 1961 bestehende VKI war ursprünglich auf Sozialpartnerebene gegründet worden, vor Jahren zogen sich jedoch die ÖVP-geführte

Durch Neugestaltung wirksamen Konsumentenschutz ermöglichen

Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer sowie auch die SPÖ-dominierte Gewerkschaft (ÖGB) zurück. Somit blieb nur mehr die AK als ordentliches Mitglied übrig. Auch wenn die neue ÖVP/FPÖ-Regierung plant, das Sozial- und Justizministerium zu ordentlichen VKI-

Mitgliedern werden zu lassen, sehen wir die Unabhängigkeit des Vereins in keiner Weise gefährdet. Entscheidend wird sein, dass der VKI zukünftig mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Denn für die Verbraucher wird es immer schwieriger, ihre Interessen ge-

genüber den Großkonzernen, die teilweise in Steueroasen sitzen, durchzusetzen. Die soeben begonnene Diskussion über eine Neugestaltung des VKI in struktureller, aber auch finanzieller Sicht sehen wir als ersten Schritt in die richtige Richtung, um in Zukunft einen wirksamen anstatt zahnlosen Konsumentenschutz zu ermöglichen.

► **E-Mail:** michael.koschat@fpoe-satteins.at

Liste Gemeinsam – Grüne und Unabhängige



Fraktionsobmann Sadettin Demir

UNABHÄNGIG UND KONSEQUENT. Wenn ich als Bundesregierung bestrebt wäre, der Arbeiterkammer zu schaden, sie zu schwächen und sie letztendlich abzuschaffen, würde ich mir zunächst überlegen, was funktioniert in der AK besonders gut, welcher Bereich genießt besonders hohe Anerkennung? Der Konsumentenschutz! Also beginne ich dort zu sägen und versuche diesen unter meine Kontrolle zu bringen. Das hätte dann

Hände weg vom Verein für Konsumentenschutz!

auch gleich den Vorteil, dass ich damit mein Klientel und meine Finanzgeber vor unangenehmen Kontrollen, vor der Veröffentlichung von Untersuchungsergebnissen und vor Verbandsklagen schützen könnte. Ich kann also mehrere Ziele gleichzeitig verfolgen. Super Idee!

Vielleicht für die Regierung, aber sicher nicht für uns Konsument/innen.

Es ist eben nicht egal, wer den Konsumentenschutz organisiert: eine unabhängige Interessenvertretung oder eine von Parteipolitik und von Wirtschaftslobbys abhängige Organisationsform.

Deshalb: Hände weg vom VKI! Die Durchsetzung der Konsumentenrechte funktioniert in Österreich vorbildlich. Arbeiterkammer und VKI leisten hervorragende Arbeit! Einzig den Interessen der Konsument/innen verpflichtet. Als Arbeitnehmer/innen dürfen und werden wir uns diese Leistung nicht wegnehmen lassen!

► **E-Mail:** sadettin.demir@gemeinsam-ug.at

Liste NBZ – Neue Bewegung für die Zukunft



Fraktionsobmann Volkan Meral

VEREIN. Der seit den 60er-Jahren aktive Verein für Konsumenteninformation hat seitdem viele nützliche Informationen an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben. Der großteils durch eigene Erträge finanzierte Verein wurde teilweise auch staatlich unterstützt. Richtungsweisend für die Arbeitsbereiche waren bis vor Kurzem neben der Arbeiterkammer auch die Gewerkschaften und die Wirtschaftskammern. Die letz-

Regierungseinfluss auf den Verein für Konsumenteninformation (VKI)

teren beiden Sozialpartner stiegen aus; die Arbeiterkammer hingegen hält daran fest, dass heute die Konsumenten mehr als je zuvor informiert und beraten werden müssen. Die steigenden Anfragen bei der Arbeiterkammer und dem Verein für Konsumenteninformation sind ein

deutliches Zeichen dafür. Das Vorhaben der Regierung, hier ein Mitspracherecht zu erlangen, sehen wir als äußerst bedenklich, da politisches Einwirken in unabhängige Institutionen gewisse Gefahren birgt. Das würde dem VKI auch international schaden, da vor allen Din-

gen teure Produkttests über internationale Kooperationen organisiert werden. Wir schließen uns dem Vorschlag des langjährigen Chefjuristen der VKI, Peter Kolba, an, aus dem VKI einen gemeinnützigen Verein zu machen.

► **E-Mail:** volkan@meral.at

AK-BIBLIOTHEKEN Weil Lesen das Leben bereichert

● Bludenz

Bahnhofplatz 2a; Di 10–12 und 13–19 Uhr, Mi bis Fr 10–12 und 13–18 Uhr, Tel. 050/258-4550, E-Mail: bibliothek.bludenz@ak-vorarlberg.at

● Feldkirch

Widnau 2–4; Di 10–19 Uhr, Mi bis Fr 10–18 Uhr, Tel. 050/258-4510, E-Mail: bibliothek.feldkirch@ak-vorarlberg.at

● Digital

In der digitalen AK-Bibliothek findet sich ein breites Angebot an E-Books, E-Hörbüchern und Spezialbibliotheken. Ein Benutzer kann parallel zehn E-Medien ausleihen. Wo? www.ak-vorarlberg.at/ebooks



Termine für Leser

● E-Book-Reader ...

... so geht's: 12. März, 9 bis 11 Uhr, AK-Bibliothek Feldkirch.

● Vorlesen ...

... für Kinder: Jeden Dienstag, 16 bis 16.30 Uhr, AK-Bibliothek Bludenz.

AK MEDIEN-TIPP

Poesie und Weisheit

Das unaufhaltsame Verstreichen der Zeit verändert Menschen und deren Ansichten. Persönliches Wachstum eröffnet neue Perspektiven und Gedankenwelten, lässt einstmals Unverständenes überbrücken und bringt Menschen einander wieder nahe. André Hellers Gespräche mit seiner Mutter in ihrem 102. Lebensjahr: ein kleines Büchlein voller Einsichten und Innenschauen, heiterer Poesie und Weisheit.

Lisbeth Postl

AK-Bibliothek Feldkirch
E-Mail: lisbeth.postl@ak-vorarlberg.at



André Heller:
Uhren gibt es nicht mehr; 112 S., kartoniert, Verlag btb, ISBN 978-3-442-71698-2, 9 Euro

Kunst in Buchform AK-Thema im März

KUNSTVOLL. Das Monatsthema der AK-Bibliotheken Feldkirch und Bludenz beschäftigt sich im März mit Kunst in den unterschiedlichsten Formen. Dazu liegen einige wunderschöne Schmankerln für Kunstsinige zum Ausleihen oder Schmökern bereit. Hier eine kleine Auswahl:

- Pinakothek der Moderne, München – Sammlung moderne

Kunst (Bernhard Maaz, Deutscher Kunstverlag)

- Street Art – Kunst und Festivals weltweit (Ed Bartlett, Verlag Lonely Planet)
- Aus der Reihe: Kleine Reihe Kunst (Britta Benke, Taschen Verlag)
- Wie Kunst Ihr Leben verändern kann (Alain de Botton, Suhrkamp-Verlag)



Foto: Jürgen Gorbach

Kunstaber bilden den März-Schwerpunkt der AK-Bibliothek.



Was nächsten Monat zählt

MOPED Ab März wird auch die Prüfung für den Mopedführerschein mit dem Computer abgewickelt • **SCHULFREI** Am 19. ist Josefi: Die Pflichtschüler bleiben zu Hause • **FERIEN** Frühe Ostern, frühe Ferienwoche ab 26. • **E-CALL** Ab 31. müssen alle neu genehmigten Pkw ein System zur automatischen Notrufmeldung haben

Gewinnen Sie 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf

Senden Sie die Antworten auf die drei Fragen zu dieser Ausgabe der AKtion bitte bis 16. März 2018 an gewinnen@ak-vorarlberg.at oder auf einer Postkarte an AK Vorarlberg, AKtion, Widnau 2–4, 6800 Feldkirch, und Sie nehmen an der Verlosung von 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf teil. Wir wünschen Ihnen viel Glück! Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. 3 x 2 Skikarten für den Diedamskopf haben in der Jänner-Ausgabe Klaus Steiner aus Feldkirch, Norbert Greussing aus Lauterach und Sandra Marte aus Fraxern gewonnen. Wir gratulieren!

● **Frage 1: Wie viel Geld bringt die Kalte Progression jährlich dem Finanzminister?**

● **Frage 2: Wie viele Millionen erkämpfte der VKI im Jahr 2017 für die Konsumenten?**

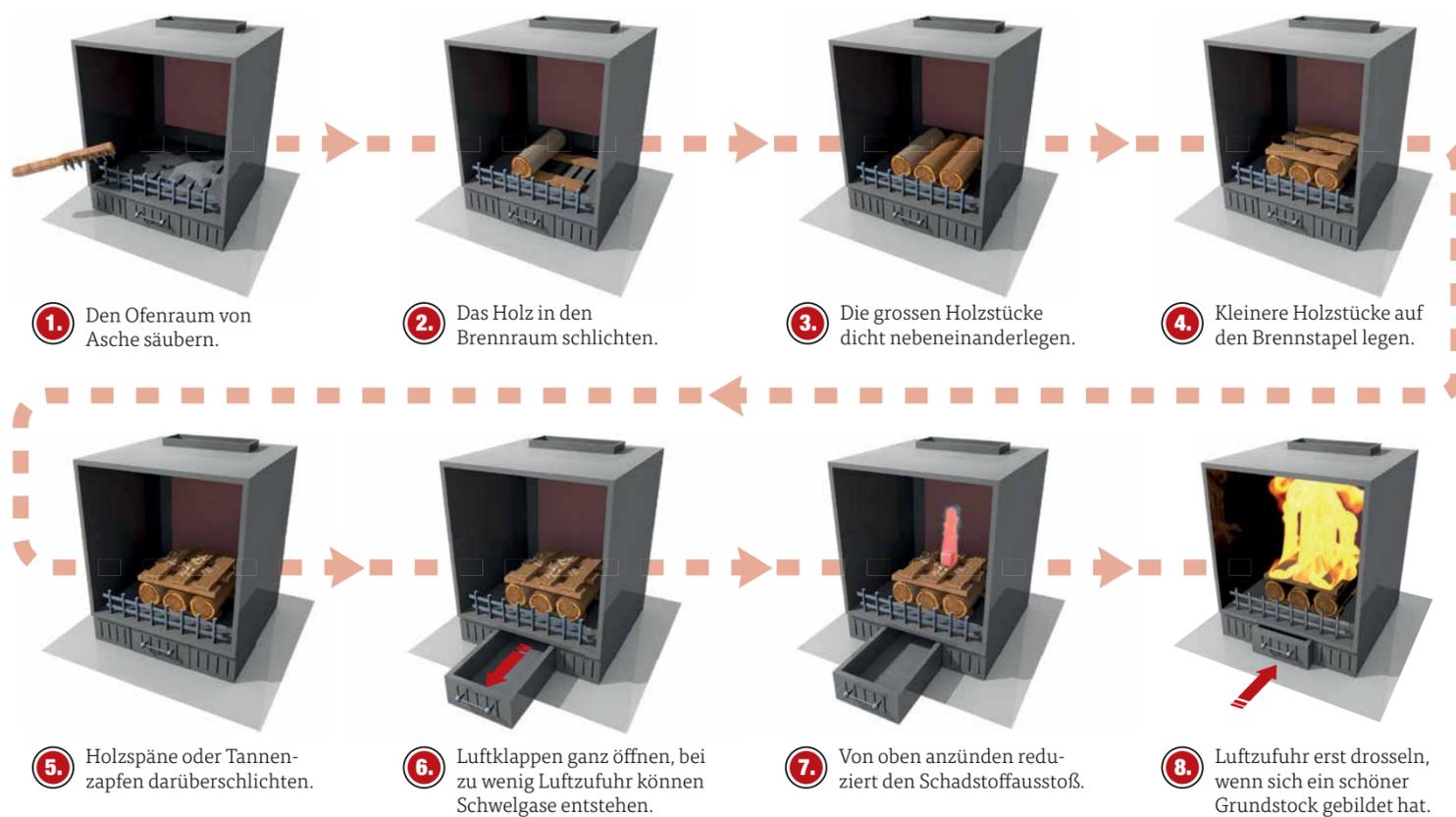
● **Frage 3: Wie soll sich Ihrer Ansicht nach das Angebot der Kinderbetreuung in den kommenden Jahren entwickeln?**



Sicherheit geht vor: Brandgefahren bei Holzheizungen

Pro Jahr entstehen durchschnittlich 63 Rauchfangbrände in Vorarlberg, die einen Feuerwehreinsatz zur Folge haben, teilt die Brandverhütungstelle mit. Holz ist ein kostengünstiger und umweltfreundlicher Brennstoff. Die Nutzung ist CO₂ neutral, Holz wächst nach und die Transportwege sind in Vorarlberg kurz. Außerdem wird die Strahlungswärme von Holzöfen als angenehm empfunden. Die Beachtung von wenigen Sicherheitstipps reduziert die Brandgefahr.

Richtiges Heizen mit Holz



- ⚠ Nur geeignetes und trockenes Brennmaterial verwenden.
- ⚠ Genügend Verbrennungsluft zuführen.
- ⚠ Sägemehl oder brennbare Flüssigkeiten führen zu Explosionen oder Verpuffungen.
- ⚠ Brennbare Gegenstände nicht in der Nähe des Ofens lagern.
- ⚠ Asche nur in nichtbrennbaren Behältern zwischengelagern.

Rauchfänge reinigen lassen

- » Rauchfänge dürfen nur vom befugten Rauchfangkehrer überprüft und gereinigt werden. Sie geben auch Ratschläge für das richtige Anfeuern.
- » Bei Holzheizungen in privaten Haushalten muss der Rauchfang einmal während und einmal außerhalb der Heizperiode gereinigt werden. Dadurch können Kaminbrände vermieden werden.
- » Außerdem muss bei allen Holzheizungen alle zwei Jahre eine Messung auf Schadstoffe durchgeführt werden.

Rauchwarnmelder retten Leben und schützen Sachwerte

Im Brandfall sterben die Menschen selten wegen der Hitze, sondern durch Rauchgase. Durchschnittlich hat man vier Minuten Zeit um lebend eine Wohnung zu verlassen. Da sind Rauchwarnmelder entscheidend. In allen Vorarlberger Wohnungen, die ab dem Jahr 2008 errichtet wurden, sind Brandmelder Pflicht. Für ältere Wohnungen gibt es eine dringende Empfehlung der Nachrüstung.



Rauchwarnmelder

- » haben eine CE-Kennzeichnung
- » sind einfach zu installieren
- » geben einen Signalton ab, wenn die Batterie schwach wird
- » lösen durch Zigaretten und Kerzen normalerweise nicht aus
- » sind günstig in der Anschaffung (Batteriemodelle)



Robert Seeberger

Ausgebildete Sicherheitsfachkraft für Österreich und Deutschland. Über 20-jährige Erfahrung als Unfallverhüter.



Info-Video unter:
www.ak-vorarlberg.at/sicherheit

INTERVIEW LR Barbara Schöbi-Fink über den weiten Weg zur gemeinsamen Schule

Trotz „Nein“ in Ruhe weiter vorbereiten



» Wir produzieren nicht in erster Linie Menschen, die in der Wirtschaft funktionieren sollen.
Barbara Schöbi-Fink
 Landesrätin



Foto: contrastwerkstatt / stock.adobe.com

Was gute Lehrer auszeichnet? „Exzellente Ausbildung und die Liebe zu den Kindern“, sagt Landesrätin Schöbi-Fink.

ZUVERSICHTLICH. Ganz unaufgeregt geht die Feldkircherin Barbara Schöbi-Fink ihren neuen Job als Bildungslandesrätin an. Nicht einmal, dass die Bundesregierung die gemeinsame Schule nicht haben will, irritiert sie. „Wir werden in Ruhe weiter daran arbeiten“, betont die gelernte Pädagogin, die sich nach eigenen Worten auf ein hervorragendes Team stützen kann. Was Schule bewirken soll, davon hat sie klare eigene Vorstellungen.

Aktion: Seit zwei Wochen sind Sie Landesrätin – wie sind die ersten Erfahrungen?

Barbara Schöbi-Fink: Ich war mir schon bewusst, dass Bildung, Schule, Kindergarten höchst spannende und spannungsgeladene Themen sind. Die ersten Kontakte mit Lehrerinnen und Direktoren waren sehr wertschätzend. Natürlich werden gleich Wünsche und Positionen deponiert, die sich nicht immer decken. Aber das muss so sein. Wir werden viel reden müssen.

Wäre die Schule einer Produktionshalle vergleichbar, an welchen drei Schrauben würden Sie gerne drehen?

Schöbi-Fink: Ich möchte das Bild von der Produktionshalle in Frage stellen. Wir produzieren nicht in erster Linie Menschen, die in der Wirtschaft funktionieren sollen. Wir wünschen uns selbstbewusste Menschen, die ihre Talente entdecken. Ich würde keine Schrauben anziehen, sondern lockern in Richtung mehr Autonomie. Bei dem, was Direktion und Lehrer pädagogisch umsetzen möchten, brauchen sie mehr Spielraum: in der Auswahl des Personals und in den Möglichkeiten, den Schulalltag zu gestalten. Das ist nicht immer einfach: Der Direktor soll selber entscheiden können, wer an seiner Schule unterrichtet. Andererseits gibt es gute Gründe, warum Lehrer auch geschützt werden.

Viele Eltern von Kindern in der vierten Klasse Volksschule zittern um die Zukunft ihrer Kinder und unternehmen alles, damit ihr Sprössling ins Gymnasium kommt. Was empfehlen Sie den Eltern, was den Lehrern?

Schöbi-Fink: Ich rate den Eltern, sich dessen bewusst zu sein, dass diese Bildungsentscheidung nicht der alles entscheidende Schritt ist. Es ist eine Weichenstellung. Dabei kommt es darauf an, welche Schule die beste fürs Kind ist. Ist es jene, die am nächsten liegt, oder die mit einem besonderen Schwerpunkt? Die Eltern dürfen auf die Erfahrungen des Lehrers vertrauen. Lehrer sind ausgebildet, sie haben die Expertise, einen Schüler einzuschätzen. Und es ist kein riesiges Unglück, wenn das Kind nicht ins Gymnasium geht. **Im Augenblick geht der Trend stark in Richtung Privatschulen, weil man dort „unter sich bleibt“. Tut das der Gesellschaft gut?**

Schöbi-Fink: Nein, natürlich nicht. Im Vergleich zu Wien erleben wir in Vorarlberg eh noch eine sehr gute Situation, auch wenn es in Bregenz Schritte in Richtung mehr Privatschule gab. Natürlich müssen die Eltern die Wahlfreiheit haben. Kritisch wäre es, wenn Privatschulen wie Pilze aus dem Boden schießen würden, wenn die Balance kippen würde. Wie dagegen halten? Öffentliche Schulen fördern und stärken. **Eine PISA-Sonderauswertung („Erfolgsfaktor Resilienz“) zeigt deutlich, wie stark die Widerstandskraft der Schüler bei sozialer Durchmischung der Klassen steigt. Das spricht doch ganz für die gemeinsame Schule ...?**

Schöbi-Fink: Stimmt, das ist so. Ich hatte selber als Mama drei Kinder in einer Volksschule mit hohem Migrationsanteil. Die Durchmischung hat unsere Kinder viel gelehrt.

Die türkis-blaue Bundesregierung hat der gemeinsamen Schule deutlich den Rücken gekehrt. Sie wollen weiter daran festhalten. Wie soll das gehen?

Schöbi-Fink: Fakt ist, dass wir vor zwei Jahren einen Landtagsbeschluss gefällt haben, alle Vorbereitungen zu treffen, damit die gemeinsame Schule möglich wird. Der Weg ist mit acht bis zehn Jahren beschrieben. Da sind wir mitten drin. Jetzt setzen wir Schritt für Schritt, um die Schule der 10- bis 14-Jährigen weiterzuentwickeln – übrigens auch mit Vertretern der AHS. Im Moment sehe ich keine Notwendigkeit, mich mit rechtlichen Fragen zu beschäftigen. Wir wissen, dass es mit dieser Bundesregierung nicht möglich sein wird. Aber wir werden noch viel Zeit brauchen. Die Modellregion Vorarlberg könnten wir nie über die Köpfe der Betroffenen hinweg einrichten. Dazu brauchen wir auf jeden Fall den Rückhalt in der Bevölkerung. Meine Idealvorstellung ist, dass Eltern eines Tages nicht mehr als Erstes fragen: Wie krieg ich mein Kind ins Gymnasium? Sondern: Wo ist die beste Schule für mein Kind? Aber das braucht seine Zeit. Eltern wollen nicht, dass an ihrem Kind herumexperimentiert wird. Dieser Prozess muss langsam gehen, sonst verunsichern wir nur alle.

Ihre Vorgängerin hat im Jänner in einem Zwischenbericht angekündigt, dass ein Konzept zum Ausbau ganztägiger Schulformen ausgearbeitet wurde. Wann wird es veröffentlicht?

Schöbi-Fink: An diesem Konzept wird noch gearbeitet. Es wird in absehbarer Zeit präsentiert.

Wie stehen Sie als neue Landesrätin zu den separaten Deutschklassen?

Schöbi-Fink: Ich halte von separaten Deutschklassen nichts. Aber was Minister Fassmann vorschlägt, umfasst nur intensive Deutsch-

förderung bis zu drei Stunden am Tag. Das ist nicht so ein großer Unterschied zu dem, was in vielen Vorarlberger Schulen heute schon praktiziert wird. Dort sind bis zu elf Stunden pro Woche jetzt schon möglich.

Wenn sich 2018 dem Ende zuneigt, von welchem Anliegen wollen Sie sagen können: Das haben wir geschafft?

Schöbi-Fink: Bis Ende 2018 möchte ich gerne im Projekt „Weiterentwicklung der Schule der 10- bis 14-Jährigen“ Arbeitsschritte präsentieren können. Die Partner und die Öffentlichkeit haben ein Recht darauf. In den Kindergärten werden wir die einheitliche Sprachstandsfeststellung ausrollen. Ich hoffe, dass das gelingt. Dornbirn, Götzis und Lustenau sind bereits Pilotgemeinden.

Sie selber haben vier Jahre lang in der HLW Rankweil unterrichtet. Was zeichnet einen guten Lehrer aus?

Schöbi-Fink: Ich hab's gern getan, aber zum Vermissen fehlt mir die Zeit. Ein guter Lehrer muss hervorragend ausgebildet sein, und dann braucht er Liebe zu den Schülern. Und das Engagement, das Beste im Schüler zu entdecken.

Im Fasching wählten Sie das Kostüm einer Schülerin „Marke Pippi Langstrumpf“. Kleiner Fingerzeig an die Jugend, dass angepasst zu sein allein nicht reicht?

Schöbi-Fink: Ja, das Kostüm ist in letzter Sekunde auf unserem Dachboden entstanden. Aber es stimmt schon: Nur angepasste Jugendliche bringen die Gesellschaft nicht weiter. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen gleichermaßen angepasste junge Menschen, die sich entwickeln können, frei nach ihren Talenten. Wir brauchen selbstbewusste, kreative, engagierte Menschen, die was Neues bringen und auch kritisch sind.

Steckbrief

Dr. Barbara Schöbi-Fink wurde am 12. Jänner 1961 in Feldkirch geboren. Sie besuchte das Gymnasium in Feldkirch und absolvierte in den Jahren 1975 bis 1980 die HLW Sacré Coeur Riedenburg in Bregenz, wo sie im Jahr 1980 maturierte. Anschließend studierte sie Theologie und Germanistik auf Lehramt an den Universitäten Innsbruck und Graz. Ab 1991 im ORF-Landesstudio Vorarlberg zur Journalistin ausgebildet. Schöbi-Fink hat von 1986 bis 1989 an der Höheren Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Rankweil unterrichtet und war von 1991 bis 1999 im Aktuellen Dienst des ORF Vorarlberg tätig. Seit 2000 ist Barbara Schöbi-Fink hauptamtlich in der Feldkircher Stadtpolitik tätig. 2015 wurde sie Vizebürgermeisterin. Seit 2014 sitzt sie für die ÖVP im Vorarlberger Landtag.

45,9

Prozent aller Lehrer in Österreich sind 50 Jahre oder älter. Bis 2025 geht die Hälfte der Lehrer in Pension.

Bis zu 20

Deutschstunden zusätzlich müssen Mittelschüler absolvieren, die nicht gut Deutsch können.

Freie Schultage

19.3.	Landespatron (Josefi)
24.3. bis 2.4.	Osterferien
1.5.	Staatsfeiertag
10.5.	Christi Himmelfahrt
19. bis 21.5.	Pfingstferien
31.5.	Fronleichnam
6.7.	Schulschluss

Schüler 2017/18

Volksschulen	16.960
Neue Mittelschulen	12.200
AHS Unterstufe	3887
AHS Oberstufe	3749
Berufsschulen	6435
Polytechnische Schulen	1120
BMS	2057
BHS	6240
Schüler gesamt	55.370

Lehrlinge testen Europawissen und reisen nach Brüssel

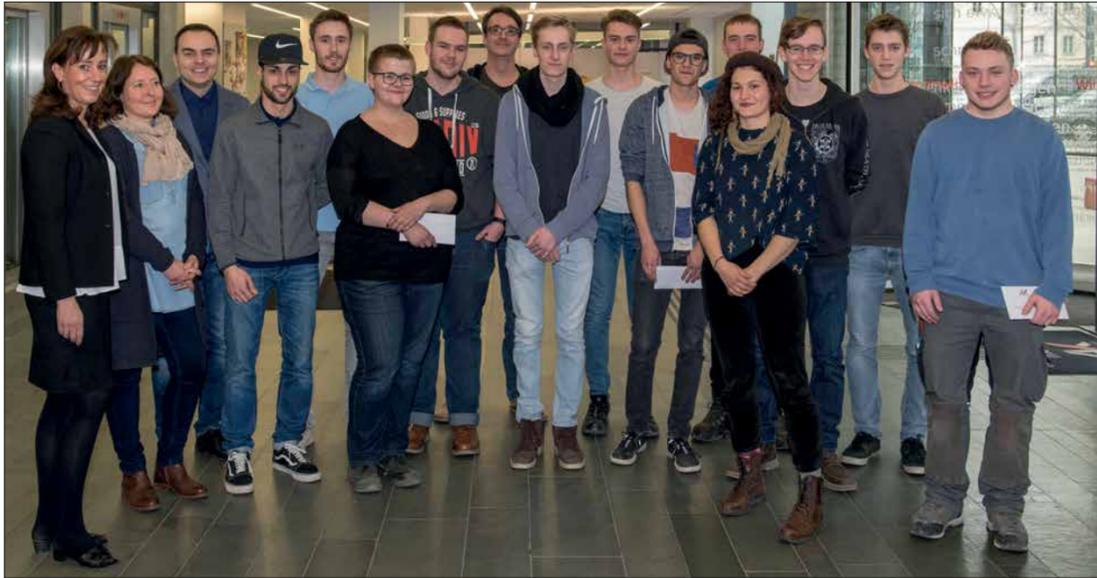


Foto: Jürgen Gorbach, AK

Christine Raggl von der AK Vorarlberg (links) mit den Siegern des „Europa-Quiz“ der Berufsschulen.

REISEFIEBER. Jedes Jahr stellen die besten Berufsschüler Vorarlbergs ihr politisches Wissen in der

AK Vorarlberg unter Beweis. Die Sieger reisen zur Belohnung im Sommer mit der Arbeiterkammer nach Brüssel. 29 Fragen zur Landes-, Bundes- und Europapolitik gilt es richtig zu beantworten, um am Ende die Reise nach Brüssel antreten zu dürfen.

Quiz-Organisator Oliver Natter von der Landesberufsschule Dornbirn feststellte, bevor die Köpfe beim Beantworten der Fragen zu rauchen begannen. Interessierte können ihr eigenes Politikwissen (siehe Box rechts) überprüfen, die AKtion hat einige der Fragen zum Selbstversuch zusammengestellt.

Die Gewinner 2018

Diese Berufsschülerinnen und -schüler haben das Europa-Quiz für sich entschieden und reisen auf Einladung der AK Vorarlberg nach Brüssel.

Bludenz: Maximilian Karg, Markus Rauch, Joachim Bitschnau, Lukas Entner

Dornbirn 2: Nils Wende, Marco Obermüller, Hannes Matt, Theresia Gröchenig

Dornbirn 1: Johannes Bischof, Magdalena Nesensohn, Mathias Mennel, Timur Karakilic

Sensibilisierung

AK-Direktor Rainer Keckeis, der im Beisein vom Landesschulinspektor für Berufsschulen, Franz-Josef Winsauer, die Begrüßung der Schülerinnen und Schüler übernahm, betonte die enorme Bedeutung der politischen Bildung, insbesondere im Bereich Europapolitik.

Die Sensibilisierung für Europa sei auch wichtig für das friedliche Zusammenleben in Europa, wie



Die Siegerreise nach Brüssel musste hart erkämpft werden.

QUIZ. Hätten Sie es gewusst? Fragen aus dem Europa-Quiz für Vorarlberger Lehrlinge

- 1)** Wie viele Mitgliedsstaaten hat die EU derzeit?
A 30 B 24 C 28 D 26
- 2)** Wo ist der Euro zur Zeit nicht offizielles Zahlungsmittel?
A Reunion B Französisch-Guayana C Ungarn D Vatikan
- 3)** Die Musik zur Europahymne stammt von welchem Komponisten?
A Johann Sebastian Bach B Wolfgang Amadeus Mozart
C Marc-Antoine Charpentier D Ludwig van Beethoven
- 4)** In welchen afrikanischen Staaten gibt es derzeit militärisch ausgeprägte Konflikte zwischen verschiedenen Volksgruppen?
A Ghana B Namibia
C Südsudan D Zentralafrikanische Republik
- 5)** Nennen Sie je eine/einen Vorarlberger Abgeordnete/Abgeordneten der ÖVP, der SPÖ, der Neos und der FPÖ im österreichischen Nationalrat?
- 6)** Welche dieser Politiker sind derzeit Landesräte der Vorarlberger Landesregierung?
A Michael Ritsch B Katharina Wiesflecker
C Hubert Hämmerle D Christian Bernhard
- 7)** Ein Italiener und eine Österreicherin leben seit drei Jahren zusammen in Rom. Ihr Kind ist am 15.5.2014 in Rom zur Welt gekommen. Hat ihr Kind das Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft?
A Ja B Nein
- 8)** Welche Aufgaben hat der Vorarlberger Landtag?
A Er beschließt Landesgesetze.
B Er bestimmt den Präsidenten des Landesgerichts.
C Er wählt den Landesvolksanwalt.
D Er bestätigt die Kandidaten für die Wahl zum Bürgermeister einer Gemeinde.
E Er kontrolliert die Landesregierung.
F Er kontrolliert die Gemeinden.

Antwortschlüssel: 1) C; 2) C; 3) D; 4) C und D; 5) Karlheinz Kopf oder Norbert Sieber (ÖVP), Ing. Reinhold Einwallner (SPÖ), Dr. Reinhard E. Bösch (FPÖ) und Mag. Gerald Locker (Neos); 6) B und D; 7) Ja; 8) A, C und E

Unrat	Täuschung	Vorname der Bullock	ein Stelz-vogel	Anzeige, Ankündigung	Post per Internet (Mz.)	an-häng-lich	Lokali-sierung	be-trachten	niemals
				Glaube an Treue					
voll-ständig		Prophet im A.T.	Beiträge zum Unter-halt				11	Wagen-schup-pen	
				weib-liches Haustier		Lachs-forelle		Wende-ruf beim Segeln	4
bunt					Emirat am Per-sischen Golf	Hoch-gebirge in Süd-amerika			Mittel-meer-insu-laner
			2	englisch, spa-nisch: Idee	Art eines Tons		9	an diesem, daran	Roman von King
europ. Freihandelszone (Abk.)	Hauptstadt Kaschmirs	Schnee-hütten der Eskimos				ohn-mächtig		an diesem Ort	
Diffe-renz-betrag				junger Pflan-zen-trieb	Heil-pflanze				7
		Vorname Juhnkes †		bibli-scher Ort in Gallia			1	Tropen-strauch	Garten-blume
schweiz. Ski-springer-zentrum	Ritter-rüstung					sprach-wissen-schaftl. Begriff		latei-nische Vorsilbe: weg	
US-Bas-ketball-Liga (Abk.)		3	Senkblei		franzö-sische Königs-anrede	rohes geschabtes Rind-fleisch			10
				englisch: vorüber	Schädel-teil				6
12	ehem. Name e. afrik. Staats	eng-lische Ver-neinung	Früh-lings-monat			Abk.: Stück		nach Art von (franz.)	
					immer-grüner Strauch, Gewürz				
Investi-tion					formen				5
Cowboy-show									

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

► Das Lösungswort ist ein Wort aus dem Bereich Arbeitswelt. Auflösung auf Seite 15

„Wissen fürs Leben“: Dahlke übers Fasten

Im nächsten „Wissen fürs Leben“-Vortrag spricht Ruediger Dahlke über das bewusste Fasten.

WISSENSWERT. Am 27. Februar besucht Ruediger Dahlke erstmals „Wissen fürs Leben“ in Feldkirch. Sein Vortrag soll die Wirkungen des Fastens näher bringen und die regenerierenden Effekte aufzeigen. Dahlke hat schon tausende Menschen beim Fasten begleitet und verfügt über ein breites medizinisches und psychologisches Wissen darüber.

Weiter geht es am 20. April mit Franz Schmatz, einem Stammgast bei „Wissen fürs Leben“. Er präsentiert unter dem Titel „Im Augenblick

die Ewigkeit“ sein neues Buch, das er mit seiner Frau Stephanie geschrieben hat. Den Abschluss im Frühjahr bildet ein weiterer Bekannter. „Wer bin ich?“ lautet das Motto von Franz Ruppert am 17. Mai.

Die meisten Vorträge der „Wissen fürs Leben“-Reihe sind auf dem Youtube-Kanal der AK Vorarlberg abrufbar (www.youtube.com/akvorarlberg), die mp3-Dateien stehen auf der AK-Homepage (www.ak-vorarlberg.at) zum Anhören und Herunterladen bereit.



Foto: Dietmar Mathis

„Wissen fürs Leben“ wird von Franz Köb in Feldkirch präsentiert.

Bauernfängerei und kein Ende

Kein Monat vergeht, in dem nicht ein obskures Investment das Blaue vom Himmel verspricht.

HEIMTÜCKE. Eine Struktur, die den Verdacht eines Pyramidenspiels nahelegt, Renditeversprechen von bis zu 400 (!) Prozent pro Jahr und das Ganze auch noch mit einer Kryptowährung versehen – diese Mischung verheißt aus Sicht des Konsumentenschutzes nichts Gutes.

Die Rede ist von Avalon Life. Das ist das jüngste „Angebot“, das sich vornehmlich über Social-Media-Kanäle verbreitet. Das in Costa Rica registrierte Unternehmen bietet das Schürfen verschiedener Kryptowährungen und Dienst-

leistungen aus diesem Bereich an. Kunden kaufen dafür „Mining Power“, und gegen Gebühr dürfen sie das Konzept als „Lizenzpartner“ nutzen. Auf Deutsch: andere anwerben, um dann noch mehr zu profitieren, und so weiter und so bekannt.

die in jüngerer Vergangenheit für medialen Wirbel und viel Ärger bei betroffenen Konsumenten gesorgt haben? Hier die Spitze des Eisbergs:

- World Ventures: In den USA wurde eine Sammelklage gegen das Unternehmen eingebracht. Angesichts dieser Sorge wollen die Betreiber offenbar keinen zusätzlichen Ärger in Europa. Interventionen durch die AK Vorarlberg wurden für die Konsumenten befriedigend gelöst.

- Dexcar: Auch hier wollen die Betreiber jedes Aufsehen in den Medien vermeiden, berichtet

Mit Avalon Life bahnt sich der nächste große Ärger an.

Dr. Franz Valandro
AK-Konsumentenschutz



leistungen aus diesem Bereich an. Kunden kaufen dafür „Mining Power“, und gegen Gebühr dürfen sie das Konzept als „Lizenzpartner“ nutzen. Auf Deutsch: andere anwerben, um dann noch mehr zu profitieren, und so weiter und so bekannt.

Warnung in Deutschland

„Mit Avalon Life bahnt sich der nächste große Ärger an“, sagt AK-Konsumentenschützer Dr. Franz Valandro. Die angesehene Fachzeitschrift „Finanztest“ hat bereits gewarnt, wie auch vor „Giracoin“ aus der Schweiz, einem weiteren Anbieter in diesem Bereich.

Spitze des Eisbergs

Die Bühne dubioser und verheißungsvoller „Geldmaschinen“ ist dicht besetzt – für die AKtion Anlass, einmal zu überprüfen: Was ist aus den Angeboten geworden,

AK-Konsumentenschützer Mag. Paul Rusching. Zwar werden nach wie vor bei Veranstaltungen in Vorarlberg neue Kunden gewonnen. Wer sich jedoch nach einer Phase der Einsicht eines Besseren besinnt und seinen Austritt aus dem System will, dem gelingt es mit AK-Intervention derzeit problemlos.

- Questra: Hier hatte die AK Vorarlberg bereits im Dezember 2016 gewarnt. Die Strukturen dahinter sind völlig undurchsichtig. Offenbar wird derzeit versucht, das ganze System neu aufzustellen.

Die gemeinsame Klammer bei allen diesen dubiosen Geld- oder Sachversprechen ist, dass intensiv über Social Media Kundenfang betrieben wird. Die AK Vorarlberg rät eindringlich: Finger weg!

► **AK-Konsumentenberatung:** Tel. 050/258-3000, E-Mail konsumentenberatung@ak-vorarlberg.at

818.844,80 Euro herausgeholt

AK-SERVICE. Die AK-Konsumentenberatung hat 2017 wiederum tausenden Vorarlbergern helfen können. In den meisten Fällen war dies rasch und unkompliziert möglich: Telefonische Auskünfte sind mit großem Abstand das am meisten in Anspruch genommene Service der fachkundigen Mitarbeiter der AK-Konsumentenberatung in Feldkirch. Über 18.000-mal gab es auf diese Weise für die Konsumenten rechtliche Klarheit (siehe Kasten).

Wohnen und Auto weit vorne

Der Bereich Wohnen stand mit 20 Prozent an der Spitze der Themenfelder. An zweiter Stelle (17,5 Prozent) folgen Warenkäufe – es betraf übrigens jedes siebente Mal Rechtsauskünfte bzw. Probleme rund ums Auto. Dahinter folgten

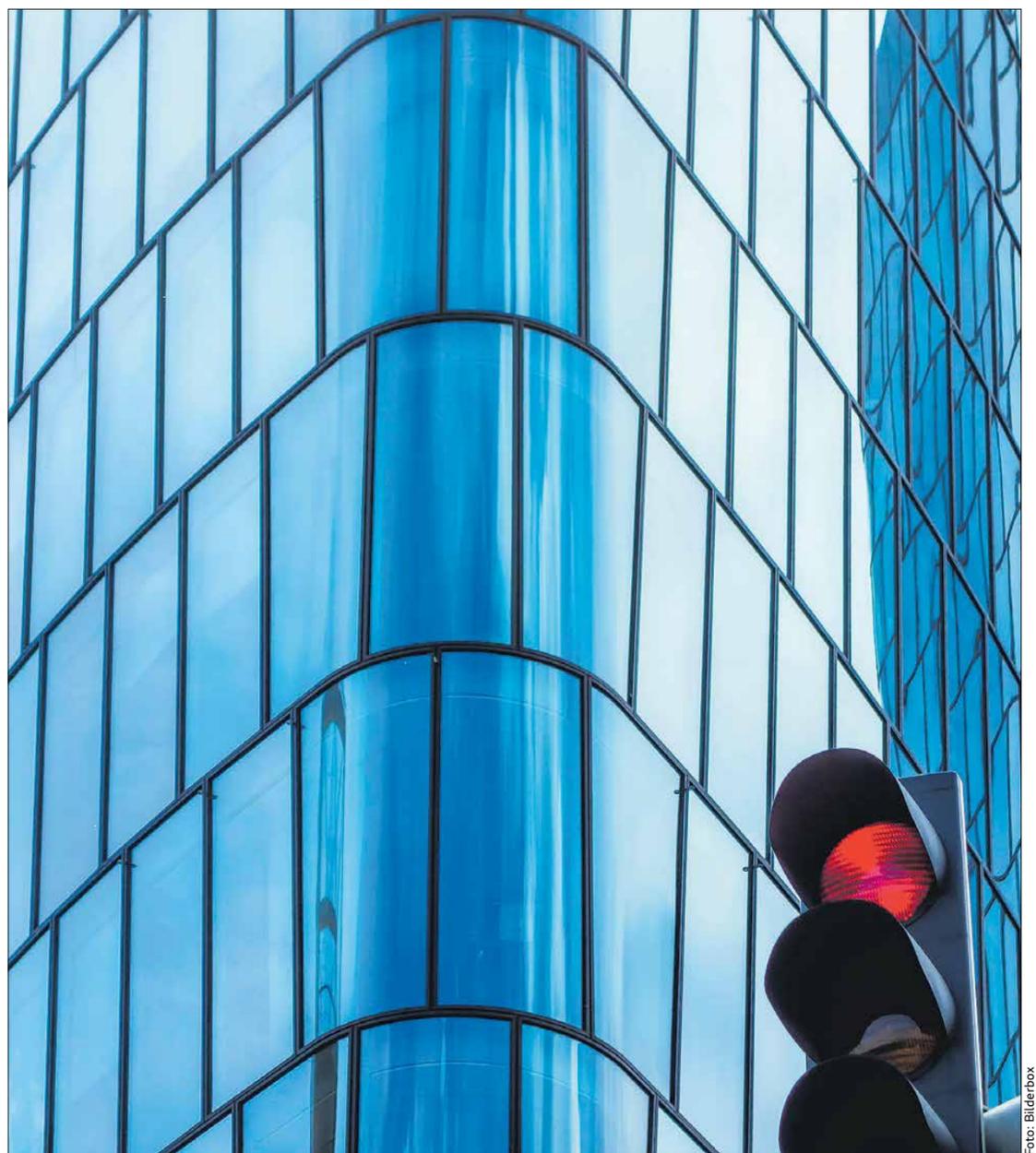
Leistungen 2017 für Konsumenten

pers. Beratungen	3500
telef. Beratungen	18.456
schriftl. Interventionen	5876
Mailbeantwortungen	3334

die Bereiche Telekommunikation (17 Prozent) und Finanzdienstleistungen (Banken und Versicherungen, 13 Prozent).

Der finanzielle Erfolg für die Konsumenten lässt sich mit einer konkreten Summe beziffern: 2017 haben die Experten der AK Vorarlberg 818.844,80 Euro in Streitfällen rund um den Konsumentenschutz erwirkt.

► **AK-Konsumentenberatung:** Tel. 050/258-3000, E-Mail konsumentenberatung@ak-vorarlberg.at



Die Lebensmittelkonzerne wehren sich gegen eine einfach nachvollziehbare Ampel-Kennzeichnung.

Industrie täuscht mit eigener Ampel

Kennzeichnung von Fett- und Zuckergehalt: Die weltweit größten Lebensmittelkonzerne wollen die Konsumenten mit einem „Trick“ hinter Licht führen.

FAKE. Es ist eine Kampfansage der Lebensmittelriesen Unilever, Pepsi, Mondelez, Nestlé, Mars und Coca-Cola: Sie wollen ihre eigene Ampelkennzeichnung für den Zucker-, Fett- und Salzgehalt in Lebensmitteln durchsetzen, weil die Forderung nach der „echten“ Ampel von Verbraucherverbänden, Krankenkassen und Ärzten wieder lauter wird.

Kurzer Rückblick: Vor einigen Jahren hätte die Ampelkennzeichnung EU-weit eingeführt werden sollen. Sie würde auf denkbar einfache Weise Klarheit auf den ersten Blick verschaffen: Schon auf der Vorderseite der Verpackungen würde der Zucker-, Fett- und Salzgehalt einheitlich pro 100 Gramm angegeben und mit Ampelfarben zusätzlich die Gehalte als hoch (rot), mittel (gelb) und niedrig (grün) gekennzeichnet. Nur so ist ein Vergleich zwischen Produkten möglich.

Die Lebensmittelindustrie hatte dies mit allen Lobbying-Mitteln verhindert. Nach eigenen Angaben kosteten sie die Abwehr und die Einführung eines eigenen Kennzeichnungsmodells eine Milliarde Euro.

Was ist der Unterschied?

Um Forderungen nach der „echten“ Ampel endgültig den Garaus zu machen, soll die „Industrie-Ampel“



Die Berechnungsmethode der Industrie ist fauler Zauber. Am Beispiel von Nutella wird der Unterschied der Ampeln deutlich.

durchgedrückt werden. Die sechs Konzerne wollen dabei die Angaben auf „Portionsgrößen“ eines Produkts beziehen – nicht auf 100 Gramm. Das Problem dabei: Je kleiner eine eher willkürlich festgesetzte Portion, desto weniger Zucker, Salz oder Fett kann in dieser Portion drin sein und desto weniger rote Ampeln erscheinen. Das Beispiel Nutella macht die Folgen dieses „Tricks“ deutlich (siehe Grafik).

Der Brotaufstrich besteht zu 90 Prozent aus Fett und Zucker. Niemand will Nutella deshalb verbieten – aber die Konsumenten sollten wissen, dass es alles andere als ein gesundes Lebensmittel ist. Doch bei der Industrie-Ampel verschwinden

– Simalabim! – alle roten Punkte der echten Ampel und gaukeln mit dem faulen Portionszauber eine ausgewogene Ernährung vor.

Aus Rot mach Gelb

Wie dreist die Konzerne mit ihrer eigenen Ampel vorgehen, zeigt die deutsche Verbraucherorganisation Foodwatch auf: mit reinem Zucker. Eigentlich klar, da muss der Zuckergehalt sehr hoch sein. Verkauft ein Hersteller ein Stück Kandiszucker jedoch als kleines Bonbon, würde die Industrie-Ampel nur auf Gelb stehen! Man fragt sich, was kommt als Nächstes? Salz, das als salzfrei gekennzeichnet wird?

► **Foodwatch:** www.foodwatch.org

COMPUTER-TIPP

von Oliver Fink,
Leiter der
EDV-Abteilung
der AK Vorarlberg



DocFetcher

Dieses Programm ermöglicht es Ihnen, die Inhalte von fast allen beliebigen Dateien durchsuchbar zu machen. Wenn Sie zum Beispiel ein Word-Dokument suchen, das einen bestimmten Inhalt hat – dann kann Ihnen DocFetcher weiterhelfen. Dazu laden Sie sich einfach das Programm von der Seite des Herstellers (<https://sourceforge.net/projects/docfetcher/>) herunter und installieren es. Nach dem ersten Start des Programms klicken Sie im Suchbereich links unten mit der rechten Maustaste und wählen „Index erstellen / Ordner ...“. Hier geben Sie nun Ihren zu indizierenden Ordner an. Das Programm durchsucht nun alle Inhalte dieses Ordners und macht alle Dateien, die von DocFetcher unterstützt werden, durchsuchbar. Dazu zählen unter anderem Word-, Excel-, Powerpointdateien, aber auch mp3-Files (Metadaten) und PDF. Wie immer handelt es sich auch bei DocFetcher um ein OpenSource-Projekt, es darf frei heruntergeladen und weitergegeben werden.

► **E-Mail:** oliver.fink@ak-vorarlberg.at

Betrugsoffer können Geld fordern

Opfer einer Online-Betrugsmasche, die über Western Union Geld überwiesen haben, können hoffen: Der US-Finanzdienstleister hat Entschädigungen zugestimmt. Es geht um Fälle zwischen 2004 und 2017, in denen Betrüger sich als Familienmitglieder ausgegeben und um Überweisungen gebeten hatten. Geschädigte können sich bis zum 31. Mai 2018 auf einer englischsprachigen Website melden.

► **Details** (englisch) auf <http://westernunionremission.com>

Kurz gemeldet ...

- Die DocLX Travel Events GmbH, einer der größten Anbieter von Maturareisen, ist wegen aggressiver und irreführender Geschäftspraktiken vom Handelsgericht Wien verurteilt worden.
- OGH-Urteil: Im sogenannten Warenkorb müssen vor Abschluss eines Kaufes im Internet die wesentlichen Eigenschaften eines Produktes ersichtlich sein, etwa die Bezeichnung von elektronischen Geräten oder die Maße von Möbeln.
- Österreichische Paare sind die Europameister der getrennten Konten: Im EU-Durchschnitt regeln 25 Prozent der Paare ihre finanziellen Angelegenheiten separat, in Österreich sind es hingegen knapp 40 Prozent.

Automatisch gut, oder?

Die Auswahl an guten Kaffeefullautomaten ist groß. Die Preisunterschiede sind allerdings beträchtlich.

VKI-TEST. Mit oder ohne Düse? Milchschaum produzieren zu können, ist für viele Konsumenten ein ausschlaggebender Punkt. Insgesamt waren zwölf Kaffeefullautomaten auf dem Prüfstand des Vereins für Konsumenteninformation (VKI). Neun Geräte arbeiten mit einer Milchaufschäumautomatik, drei verfügen über eine Düse für manuelles Milchaufschäumen.

Die Geräte in der Profiverkostung

Zu den Eigenschaften des typischen Espresso gehört neben intensivem Kaffeeduft ein kräftiger, bitterer sowie deutlich säuerlicher Geschmack. Der Melitta-Vollautomat mit Milchaufschäumfunktion brüht den besten Espresso. Der Espresso von De'Longhi, Krups Quattro Force und Philips ist etwas weniger intensiv, die Crema von Philips wenig beständig.

Für die Zubereitung eines Cappuccino ist die Voreinstellung für Espresso nicht immer optimal. Ein Barista-Trainer rät, zu experimentieren: Das Ergebnis wird meist aromatischer, wenn man den Mahlgrad feiner einstellt, mit weniger Wasser als in der Werkseinstellung brüht und die Kaffeestärke erhöht.

Geringe Unterschiede beim Schaum

Bei optimalem Schaum lassen sich kaum Bläschen erkennen, die Konsistenz ist cremig wie bei Schlagrahm und der Ge-

schmack leicht süß. Es gibt kaum große Unterschiede, De'Longhi und Jura liefern etwas feineren Schaum als die Konkurrenz. Die Geräte mit Dampfdüse verlangen dem Nutzer etwas Übung beim Aufschäumen der Milch ab.

Das Fazit: Aus fast allen geprüften Kaffeefullautomaten fließt guter Espresso. Unterschiede zeigen sich bei den Details. So liegen beispielsweise die Aufheizzeiten zwischen blitzartigen 30 Sekunden und zwei Minuten. Bei den Geräten mit Dampfdüse hat die Melitta die Nase vorn. Für all jene, die Kaffee nur gelegentlich mit Milchschaum zubereiten, eine gute Alternative.

Die beiden Testsieger

- **Jura J6:** liefert guten Espresso und feinen Milchschaum. Heizt in 46 Sekunden auf. Espresso in gut einer halben, Cappuccino in rund einer Minute fertig. Umfangreiches Menü nicht immer selbst-erklärend.
- **Melitta Caffeo Solo & Milk:** Gerät brüht guten Espresso mit fester, feinporiger und beständiger Crema. Der handgeschäumte Milchschaum ist wenig cremig und recht luftig. Getränkewahl nur umständlich verstellbar. Ziemlich laut.

► **Detaillierte Testergebnisse finden Sie** (kostenpflichtig) unter www.konsument.at/Kaffeefullautomaten012018



Kaffeefullautomaten haben in den vergangenen Jahren in vielerlei Hinsicht erobert. Die Bedienung ist (meist) einfach und das Ergebnis durchwegs gut.

KONSUMENTENTIPP

Richtige Pflege. Tresterbehälter und Abtropfschale einmal täglich reinigen, frisches Wasser in den Tank füllen. Einzelteile des Milchsystems nach jeder Nutzung spülen, gelegentlich auseinandernehmen und gründlich säubern.

Kaffeibrösel entfernen. Die Brühgruppe und den darunter befindlichen Bereich gelegentlich reinigen, sofern möglich. Bleiben dort Kaffeibrösel liegen, kann Schimmel entstehen. Bei der Jura und den Krups-Modellen lässt sich die Brühgruppe nicht herausnehmen. Reinigungsprogramme halten diese Maschinen dennoch sauber.

Entkalken. Das verlängert das Leben der Automaten. Wann es nötig ist, zeigen die Geräte an.



Wer brüht den besten Espresso?
bei gleicher Punktezahl
Reihung alphabetisch



Marke Type

Richtpreis in €
Testurteil
Erreichte von 100 Prozentpunkten

AUTOMATISCHE MILCHAUFSCHÄUMFUNKTION

Marke	Type	Richtpreis in €	Testurteil	AUSSTATTUNG/ TECHNISCHE MERKMALE				SENSORISCHE BEURTEILUNG					HANDHABUNG					
				Abmessungen HxBxT in cm	Füllmenge Bohnenbehälter in g	Heißwasser	Brühgruppe herausnehmbar	Stromverbrauch bei Nutzung in Wh ¹⁾	Espresso	Milchschaum	Aufheizzeit	Espresso brühen	Milch aufschäumen	Espressostärke variieren	Espresso temperatur variieren	Bedienung	Zubereiten der Getränke	
Jura	J6	1.690,-	gut (72)	34x29x43	240	✓	182	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
De'Longhi	Dinamica ECAM 350.55.B	850,-	gut (70)	36x24x44	300	✓	247	+	+	++	+	+	+	+	+	+	+	+
Melitta	Caffeo Passione OT	600,-	gut (70)	39x26x38	140	✓	219	+	++	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Miele	CM 6350 ²⁾	1.200,-	gut (68)	36x25x43	300	✓	240	+	+	+	o	+	+	+	+	+	+	+
Nivona	CafeRomantica 768	800,-	gut (68)	35x24x47	200	✓	197	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Siemens	EQ.3 s300 T1303503DE ²⁾	680,-	gut (64)	38x25x43	220	✓	212	+	+	+	o	++	o	o	+	entf.	o	+
Krups	Quattro Force EA880E	1.500,-	gut (62)	38x28x40	300	✓	243	+	+	+	+	o	++	+	+	o	+	+
Saeco	Incanto Deluxe HD8921/01	800,-	gut (62)	34x23x44	150	✓	246	+	+	+	+	++	+	+	+	+	o	+
Philips	EP 4050/10	700,-	durchschn. (58)	33x22x44	150	✓	280	+	o	+	+	+	+	+	+	+	o	++

DÜSE FÜR MANUELLES MILCHAUFSCHÄUMEN

Melitta	Caffeo Solo & Milk	400,-	gut (64)	34x20x45	140	✓	198	+	+	o	+	+	+	+	+	+	+	+
Saeco	Incanto HD8913/11	630,-	gut (64)	33x23x44	150	✓	212	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+	+
Krups	EA 8108	600,-	gut (60)	36x26x33	300	✓	179	+	+	+	+	++	+	+	+	+	+	+

Zeichenerklärung: ✓ = ja, entf. = entfällt ¹⁾ ermittelt für Aufheizen, 12 Getränke, 3-mal Milchschaum, automatisches Spülen und Abschalten ²⁾ laut Anbieter Software geändert **Beurteilungsnoten:** sehr gut (+) zufriedenstellend (-), nicht zufriedenstellend (- -) **Prozentangaben** = Anteil am Endurteil **Erhebung:** November 2017



Fotos: Stiftung Warentest, adobe.stock.com/mak3125

Appell an Regierung: Hände weg vom VKI!

Die neue Bundesregierung plant die Verstaatlichung des Vereins für Konsumenteninformation (VKI). Damit sollen offenbar lästige Verbandsklagen unter Kontrolle gebracht werden.

KONSUMENTENPOLITIK. Der Verein für Konsumenteninformation, bekannt unter seinem Kürzel VKI, war und ist der Wirtschaft immer schon ein Dorn im Auge. Bereits vor einigen Jahren sind die ehemaligen Gründungsmitglieder Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer aus dem Verein ausgetreten. Jetzt will die neue Bundesregierung den VKI an die Kandare nehmen und de facto verstaatlichen.

Damit sollen offenbar lästige Verbandsklagen des VKI gegen die Finanz- und Versicherungsbranche unter Kontrolle gebracht werden.

der VKI besonders unbeliebt ist. Einer der Gründe dafür: Allein im Jahr 2017 konnte der VKI über 500 Millionen Euro für die Konsumenten erkämpfen.

Nicht auf Gewinn ausgerichtet

Der VKI ist eine gemeinnützige und nicht auf Gewinn ausgerichtete österreichische Verbraucherorganisation. Er wurde 1961 von den Sozialpartnern gegründet. Seither sorgt er in Wirtschaftskreisen immer wieder für Aufruhr, weil er Produkte (VKI-Tests), Geschäftsbedingungen und andere wichtige Vertragsinhalte

Der VKI muss als unabhängige, überparteiliche und objektive Instanz erhalten bleiben!

Hubert Hämmerle
AK-Präsident



den, vermutet AK-Präsident Hubert Hämmerle: „Weshalb sonst will die Regierung wohl eine ausgezeichnet funktionierende, unabhängige Verbraucherorganisation unter ihr Kuratel stellen?“

Ziel ist es, so AK-Präsident Hämmerle, „die Arbeiterkammer als ordentliches Mitglied des Vereins vor die Tür zu setzen und dafür einigen weisungsgebundenen Lakaien vom Sozial- und Justizministerium das Heft in die Hand zu drücken“. Das zeugt von erfolgreichem Lobbyismus, insbesondere von der Finanz- und Versicherungsbranche, bei der

te genau unter die Lupe nimmt und auf Missstände und Ungerechtigkeiten hinweist (siehe Kasten rechts). Damit schafft er oft Rechtssicherheit für unzählige Menschen, die sich sonst nicht wehren könnten.

Drei Viertel seiner Arbeit finanziert der Verein durch den Verkauf von Publikationen wie der Zeitschrift „Konsument“ und durch Gebühren. Den Rest bringen die Arbeiterkammer und das Ministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz auf.

► **Verein für Konsumenteninformation:** www.vki.at

„Rege Zusammenarbeit mit uns“

Dr. Karin Hinteregger, Leiterin der Konsumentenberatung der AK Vorarlberg, zum Stellenwert des VKI für den einzelnen Konsumenten.

● **Den meisten ist der VKI über seine Tests ein Begriff. Wie wichtig sind diese?** Der Konsument will zu Recht wissen, welche Produkte sind gut, welche weniger gut, welche womöglich gefährlich oder schädlich. Um das unabhängig von Herstellerinteressen festzustellen, braucht es immer aufwendigere Testverfahren. Sie sind enorm teuer, weshalb sich internationale Verbraucherschutzorganisationen die Kosten teilen. Ohne dass beispielsweise der VKI und Stiftung Warentest kooperieren, wären manche Tests für eine Organisation allein finanziell gar nicht mehr durchführbar. Wichtig ist auch, dass unabhängig von Industrie und Politik Experten die Auswahl treffen, was getestet wird.

● **Aus Ihrer täglichen Praxis: Wo hilft der VKI der AK-Konsumentenberatung?** Der VKI ist eine von nur sieben Institutionen in Österreich, denen das Konsumentenschutzgesetz die Möglichkeit einer Verbandsklage einräumt. Die AK Vorarlberg ist dazu nicht berechtigt. Deshalb gibt es seit 2004 eine rege Zusammenarbeit zwischen uns und dem VKI, der in unserem Auftrag für die Konsumenten wichtige und grundlegende Fragen zu AGB oder Verträgen bis hinauf zum Obersten Gerichtshof abklären kann. Das führte zum Beispiel zu OGH-Entscheidungen zu Negativzinsen oder Handyverträgen. Der VKI ist spezialisiert, Sammelklagen zu organisieren. Das hat z. B. beim Rücktrittsrecht von Lebensversicherungen zu Vergleichen geführt.

● **Das hat neben der wirtschaftlichen auch eine politische Dimension.** Ja, denn aufgrund vieler vom VKI geführter Musterprozesse und der Einbringung von Verbandsklagen ist der Verein letztlich auch an der Weiterentwicklung der österreichischen Rechtsprechung beteiligt. Sammelklagen helfen den österreichischen Konsumenten bei der Rechtsdurchsetzung.



Foto: AK / Jürgen Gorbach

Abzocke bei Donauland

Die ehemalige Buchgemeinschaft Donauland hatte einen guten Namen. Den nutzt eine Firma und verschickt unverlangt Bücher und CDs samt Rechnung.

ZUSENDUNGEN. In der Konsumentenberatung häufen sich die Beschwerden über „Donauland“. Konsumenten erhalten von „Donauland“ nicht bestellte Waren (meist Bücher oder CDs) samt Rechnung und Erlagschein. Wird die Rechnung nicht beglichen, werden die Konsumenten mit Mahn- und Inkassoschreiben eingedeckt. Auf Reklamationschreiben, in denen darauf hingewiesen wird, dass die unerwünschten Waren nicht bestellt wurden, reagiert das Unternehmen nicht oder mit weiteren Mahnschreiben. Die AK wird dagegen klagen.

Firma nicht Rechtsnachfolgerin

Bei „Donauland“ handelt es sich nicht um die Rechtsnachfolgerin der bekannten ehemaligen „Buchgemeinschaft Donauland“, von der Bücher zu günstigen Konditionen erworben werden konnten und pro Quartal ein Buch gekauft werden musste. Vielmehr steht die in Wien ansässige Firma S24D Shop Direct

GmbH dahinter, die auch die Internetseite www.donauland.at betreibt.

Wenn Sie von „Donauland“ nicht bestellte Waren samt Rechnung geliefert bekommen, handelt es sich dabei um eine unzulässige, aggressive Geschäftspraktik. Der Fall ist exemplarisch für Abzock-Versuche mit nicht bestellten Lieferungen (siehe Kasten).

Viele Konsumenten waren früher tatsächlich Mitglied in der ehe-

maligen (echten) „Buchgemeinschaft Donauland“ und glauben, dass sie zu einer quartalsweisen Bestellung verpflichtet wären. Das ist nicht der Fall, außer Sie hätten mit dem neuen Unternehmen einen Vertrag geschlossen.

Die Firma S24D Shop Direct GmbH versucht genau das einzufädeln: In den Zusendungen von „Donauland“ heißt es, falls keine Bestellung erfolgt, werde ein „Empfehlungsband“ zugeschickt.

AK KONSUMENTENTIPP

Was Sie in solchen Fällen tun können

- Zahlen Sie keinesfalls für nicht bestellte Ware!
- Lassen Sie sich nicht täuschen oder einschüchtern! Es besteht keine Pflicht, quartalsweise Bestellungen zu tätigen oder die vermeintliche Mitgliedschaft gegenüber „Donauland“ (erneut) zu kündigen.
- Sie sind nicht verpflichtet, die unbestellten Waren an das Unternehmen zurückzuschicken oder aufzubewahren (§ 864 Abs 2 ABGB)!
- Sie können dem Unternehmen sicherheitshalber schriftlich mitteilen, dass die zugesendete Ware nicht bestellt wurde und die Kaufpreisforderung nicht berechtigt ist (Musterbrief auf AK-Website).

Zalando muss sieben Klauseln ändern

Der VKI hat bereits 2012 Klage wegen der Klauseln aus den AGB von Zalando eingebracht. Beanstandet wurden u. a. Klauseln über das Beschaffungsrisiko, Haftungsfreizeichnungen, zum Rücktrittsrecht und Datenschutz. Das Verfahren war einige Zeit unterbrochen, da parallel ein ähnliches Verfahren gegen Amazon lief. Nachdem der Oberste Gerichtshof (OGH) bereits Anfang Jänner Amazon zu einer Überarbeitung seiner Geschäftsbedingungen verdonnert hatte, erklärten die Richter sieben von acht beanstandeten Klauseln von Zalando für unzulässig.

Passwörter: Wenige wählen verschiedene

Die Österreicher sind recht sorglos bei ihren gewählten Passwörtern. Für Shoppingportale verwenden 51 Prozent idente Begriffe wie für ihr Sparbuch oder Ähnliches. Nur jeder Fünfte unterscheidet die Passwörter nach Plattform oder Account, ergab eine Umfrage von IMAS.

in Haushalten einen fixen Platz schweg gut.

	Reinigen	Entkalken	Hygiene	SICHERHEIT	UMWELTEIGENSCHAFTEN	Stromverbrauch ¹⁾	Geräusch	SCHADSTOFFE
	5%	10%						5%
	+	+	++	++	+	+	+	++
	+	+	++	++	+	o	+	++
	o	+	o	++	+	+	o	+
	+	++	o	++	+	+	+	+
	+	++	o	++	+	+	+	+
	o	+	++	++	+	+	+	++
	o	+	+	o	+	o	+	o
	o	+	-	++	o	o	o	+
	o	+	-	++	o	o	o	+
	o	o	o	++	o	+	-	++
	o	o	-	++	+	+	+	+
	-	-	+	o	o	++	-	+

1) gut (+), durchschnittlich (o), weniger (-)

Die Firma ist pleite?

Die AK hilft den Mitarbeitern

Seit 1995 haben die Experten der AK Vorarlberg 18.440 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vertreten und 148 Millionen Euro für sie herausgeholt. „Gute Arbeitszeitaufzeichnungen“, sagt Martin Terzer, „sind die beste Grundvoraussetzung dafür, dass Ansprüche im Insolvenzverfahren gesichert sind.“ Dabei geht es oft um viel Geld.

Das Wort klingt so endgültig: Konkurs. Aber das ist es nicht. „Konkurs“, sagt Martin Terzer, „bedeutet, dass eine Firma krank ist. Sie kann wieder gesund werden.“ Oft freilich muss der AK-Experte im Insolvenzrecht miterleben, dass dieser Prozess scheitert. Dann steht am Ende der Schließungsbeschluss des Gerichts. „Es bleiben ab diesem Zeitpunkt noch vier Wochen, um den Laden dicht zu machen.“

Entscheidende Stunden

Jetzt geht es um viel. Vor allem für die Arbeitnehmer. Die AK wird in der Regel vom Insolvenzverwalter

über die Anzahl der Dienstnehmer informiert. „Wir erhalten die Unterlagen, soweit vorhanden.“ Dann kommt es zur Betriebsversammlung.

Wir können darauf schauen, dass die Mitarbeiter finanziell nicht auf der Strecke bleiben.

Martin Terzer
AK-Insolvenzrecht



Man mag sich die Betroffenheit kaum vorstellen, die oft bleischwer in einer Werkhalle liegt, in der keine Maschinen mehr laufen, sondern

die Belegschaft stumm auf die ersten Erklärungen wartet. Vor allem bei den Arbeitern und Angestellten, die ihre Schäfchen nicht ins Trockene gebracht haben. „Ich kann euch

keine neuen Arbeitsplätze verschaffen“, sagt Terzer in so einem Augenblick, „aber ich kann darauf schauen, dass ihr finanziell nicht auf der Strecke bleibt.“

Genauere Aufzeichnungen wichtig

Dazu brauchen die AK-Berater vor allem präzise Aufzeichnungen. Denn jetzt geht es um mehr als nur um laufende Entgelt. „Wir kämpfen um Sonderzahlungen, Überstunden, Diäten, Spesen, Zulagen usw.“ Kurz: um alles, was dem Arbeitnehmer zustünde. „Nur, ohne gute Ar-

beitszeitaufzeichnungen haben wir keine Chance.“

Manche Branchen sind da vorbildlich. „Am Bau zum Beispiel“ finden Terzer und Kollegen in der Regel fixfertige Unterlagen vor. Auch wenn ein Arbeitnehmer seine privaten Aufzeichnungen ins Rennen wirft, „haben die Beweischarakter“. Das heißt, „der Arbeitgeber muss im Streitfall den Gegenbeweis antreten“.

Die AK meldet in der Folge bei Gericht und Insolvenztgeltstiftungsfonds alle Ansprüche an. Das Gesetz hat sechs Monate Entscheidungsfrist vorgesehen. „In Vorarlberg wissen wir in der Regel innerhalb von vier bis sechs Wochen, wie wir dran sind.“ In den vergangenen 22 Jahren haben die AK-Berater 18.440 Mitarbeiter vertreten und insgesamt Ansprüche in Höhe von 148 Millionen Euro sichern können.

► **Kontakt:** Arbeiterkammer Vorarlberg / ISA Büro, 6800 Feldkirch, Widnau 4, Tel. 050 / 258-2100, Fax: 050 / 258-2101, E-Mail: insolvenzrecht@ak-vorarlberg.at

5079

Unternehmen gingen im Vorjahr in Österreich pleite. Das ist der niedrigste Stand seit 20 Jahren.

4 der 5

größten Firmenzusammenbrüche hatte Oberösterreich zu verkraften.

89

Vorarlberger Unternehmen mussten 2017 Konkurs anmelden.

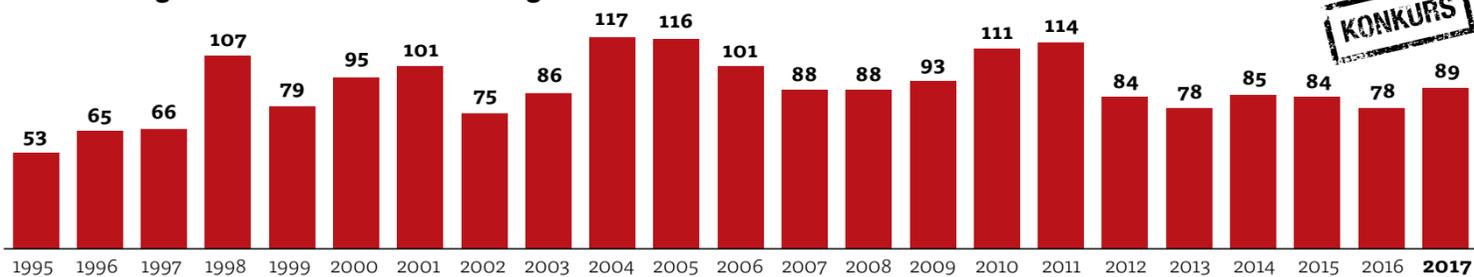
1,9

Milliarden Euro beträgt der stattliche Schuldenberg, den Österreichs insolvente Unternehmen im Vorjahr angehäuft haben.

Was ist der ISA?

Der Insolvenzschutzverband ISA wurde 1997 als gemeinsamer Verein von ÖGB und Arbeiterkammer gegründet und ist seit 1999 als bevorzugter Gläubigerschutzverband tätig. Mitglieder des ISA sind der ÖGB und die AK. Der Verein trägt dazu bei, dass Insolvenzen möglichst wenig schädliche Auswirkungen entfalten. Das vorrangige Ziel ist es, die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung zu verhindern. Bei konkreten Insolvenzen unterstützt der ISA die Arbeitnehmer, die Mitglieder von Gewerkschaft oder AK sind. Der ISA hat Geschäftsstellen in allen Bundesländern.

Entwicklung der Konkurse in Vorarlberg seit 1995



Fast täglich droht Zahlungsunfähigkeit

Wenn im Zuge einer Insolvenz die Reißleine gezogen wird, stehen grundsätzlich drei Wege offen.

DREI WEGE. Fast täglich melden Unternehmen Insolvenz an. Konkret bedeutet das: Die Betriebe sehen sich nicht mehr in der Lage, die laufenden Geschäfte aus den Einnahmen zu finanzieren bzw. Schulden und Zinsen zu bezahlen. Droht die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, muss ein Unternehmen innerhalb von 60 Tagen die Reißleine ziehen und ein Insolvenzverfahren beantragen.

Wie geht das? Vor acht Jahren wurde das österreichische Insol-

venzrecht reformiert. Künftig sollten mehr sanierungsfähige Unternehmen eine zweite Chance erhalten. So gibt es heute drei Möglichkeiten, einen Betrieb zu entschulden:

● Ein Unternehmen kann ein **Konkursverfahren** beantragen. Dann wird der Insolvenzverwalter zum Herrn des Verfahrens. Oft müssen die Insolvenzverwalter die maroden Firmen oder gesunde Teile daraus an Interessenten verkaufen, um überhaupt eine Quote auszahlen zu können.

● Wird ein **Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung** beantragt, führt ein Sanierungsverwalter die Regie und den Gläubigern muss eine Mindestquote von 20 Prozent – zahlbar binnen zwei Jahren – geboten werden. Das heißt: Der Gläubiger muss sich im schlechtesten Fall mit 20 Prozent zufriedengeben.

● Zudem gibt es das **Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung**. In diesem Fall muss das angeschlagene Unternehmen seinen Gläubigern zumindest 30 Prozent Quote

anbieten. Binnen 90 Tagen muss den Gläubigern und dem Gericht ein sogenannter Sanierungsplan samt Finanzierung vorgelegt werden. In diesem Fall leitet das Management das Unternehmen weiter selbst. Der Sanierungsverwalter fungiert hier bloß als eine Art „Aufsicht“. Er hat aber in bestimmten Fällen ein Vetorecht. Der Nachteil: Der Zeitdruck von rund drei Monaten und die Quoten-Hürde sind so hoch, dass nur drei Prozent der Betriebe diese Lösung anstreben.

Warum schlittern Firmen ins Verderben?

Die häufigsten Pleiteursachen (70 Prozent) sind Managementfehler wie falsche Einschätzungen des Marktes, fehlerhafte Kalkulationen, fehlende interne Kontrollen und zu hohe Kredite. Die meisten Gläubiger, darunter die Lieferanten, werden von den drei Gläubigerschutzverbänden AKV, Creditreform und KSV1870 vertreten. Der **Insolvenzschutzverband für Arbeitnehmer (ISA)**, der zur Arbeiterkammer gehört, betreut die betroffenen Firmenmitarbeiter.

Prüfung zur Halbzeit: Da profitieren alle davon

60 Friseurlehrlinge traten im Jänner zum Kompetenzcheck an und bestanden – Prüfung zur Hälfte der Lehrzeit bringt Lehrlingen und Ausbildungsbetrieben wertvolle Informationen über den „Stand der Dinge“

HALBZEIT. Er war schon nervös. Mit rund 60 anderen Friseurlehrlingen trat der 26-jährige Syrer Mohammad Al Azalden Mitte Jänner an der Berufsschule in Feldkirch zur Prüfung an. Anderthalb Jahre Lehrzeit lagen hinter ihnen. Jetzt, zur Hälfte der Ausbildung, sollten sie zeigen, was sie gelernt hatten.

Es war eine Premiere: Vorarlbergs Friseure machen es vor. Die Künstler mit Schere und Kamm sind die ersten Handwerker, die ihren Nachwuchs zum Kompetenzcheck bitten. Denn der umfangreiche Test ist freiwillig. Birgit Nöckl vom Beauty-Unternehmen „Maischön“ zufolge haben zwei Drittel der in Frage kommenden Friseurlehrlinge die Chance ergriffen.

Ein weiter Weg

Mohammad ist 80 Kilometer von Damaskus entfernt aufgewachsen. Seit drei Jahren und zwei Monaten lebt er in Vorarlberg. „Ich wollte anfangen, etwas zu lernen“, erzählt er. Die Frau eines Freundes hat ihn zu „Maischön“ empfohlen. „Hier kann



Mohammad hat die Prüfung mit Bravour bestanden. Bei Birgit Nöckl erlernt er das Handwerk.

man alles machen“, hat sie ihm vorgeschwärmt. Und es stimmt: Er hätte sich kaum träumen lassen, dass der Beruf seiner Schwester und seiner Cousine so vielfältig ist.

Den 19. Jänner – seinen Prüfungstag – hat er noch ziemlich präsent. Gleich in der Früh hat er dem Technikopf eine Dauerwelle und eine Wasserwelle verpasst, mit Papiloten ganz kleine Locken gezaubert. „Das ist sehr schwierig.“ Aber nach 45 Minuten stand schon das nächste Thema an: die perfekte Rasur. Ein lebendes Model hatte Platz genommen. Und befand sich in besten Händen, denn Rasieren ist Mohammads Spezialität. Die Gesichtspflege einer Dame nebst Make-up, Maniküre und Handmassage rundeten den Vormittag ab. Nicht zu vergessen der Theorietest kurz vor Mittag.

Die Friseure haben ihren Lehrlingen einiges abverlangt, aber nie-

manden überfordert. Alle 60 haben bestanden. Über Mohammads Gesicht huscht ein Lächeln, das verrät, wie stolz er ist.

„Zu Recht“, finden seine Ausbilder und Chefs Birgit und Thomas Nöckl. Der Kompetenzcheck war nicht einfach, aber alles, was Mohammad und die anderen jetzt hinter sich gebracht haben, wird bei der Gesellenprüfung nicht mehr Thema sein. „Das nimmt ordentlich Druck vom Kessel“, betont Thomas Nöckl, und Birgit fügt an: „Der Kompetenzcheck zur Mitte des zweiten Lehrjahres ist für alle ein Gewinn.“ Die Lehrlinge profitieren besonders, weil sie ihr Können und Wissen schon in der Halbzeit einschätzen können. Die Lehrherren lernen ihre jungen Mitarbeiter von einer ganz neuen Seite kennen. Denn der Prüfungstermin spornt sie an. Das hat Birgit Nöckl von vielen Berufskolle-

gen gehört: „Das war das erste Mal, dass der Lehrling immer wieder kommt und sagt: Ich will üben!“

Die AK Vorarlberg hat sich mächtig ins Zeug gelegt, damit dieser Kompetenzcheck in möglichst allen Berufen Standard wird. Und Birgit Nöckl verbindet konkrete Hoffnungen damit. Momentan fällt fast jeder dritte Vorarlberger Friseur-Lehrling bei der Abschlussprüfung durch. Künftig erwartet sich Nöckl „deutlich bessere Ergebnisse“.

Mit Kamm und Schere

Von den insgesamt 106.613 Lehrlingen in Österreich bildet die Friseurbranche 3684 zukünftige Friseurinnen und Friseure aus. Die Branche zählt bundesweit 7967 Unternehmerinnen und Unternehmer und 19.678 Beschäftigte.

LEHRLINGS-TIPP

von Christine Raggl, Leiterin der Lehrlingsabteilung der AK Vorarlberg



Erstmaliges Ausbilden von Lehrlingen

Bevor ein Betrieb erstmalig Lehrlinge in einem bestimmten Lehrberuf ausbilden kann, stellen AK und WK im Rahmen eines Betriebsbesuches fest, ob die im Berufsausbildungsgesetz vorgesehenen Voraussetzungen vorliegen. Ist der Betrieb überhaupt so eingerichtet, dass der Lehrberuf laut Berufsbild ausgebildet werden kann? Zudem muss der Lehrberechtigte oder eine andere im Betrieb beschäftigte Person die für diesen Lehrberuf erforderlichen Fachkenntnisse und die Ausbilderprüfung abgelegt oder einen Ausbilderkurs erfolgreich absolviert haben. Wenn Teile des Berufsbildes im Lehrbetrieb nicht ausgebildet werden können, schreibt der Gesetzgeber einen Ausbildungsverband vor. Für den Lehrling ist aus seinem Lehrvertrag ersichtlich, ob und welche Teile des Berufsbildes er in einem Kurs oder in einem anderen Betrieb erlernen muss. Der Lehrling sollte jedenfalls auf dem Lehrvertrag kontrollieren, ob solche Ausbildungsmaßnahmen vorgesehen sind. Die muss nämlich sein Betrieb organisieren!

► **Information und Beratung:** www.akbasics.at

Die AK rät: Hol dir dein Geld zurück!

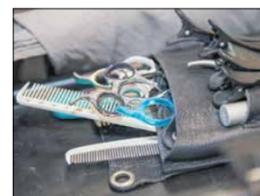
Bis zu einem Einkommen von rund 1255 Euro brutto monatlich bezahlt ein Lehrling keine laufende Lohnsteuer. Er kann jedoch einen Teil seiner Sozialversicherungsbeiträge zurückfordern. Bist du ein Lehrling, dann stehen dir für das Jahr 2017 50 Prozent der gezahlten Sozialversicherungsbeiträge bis maximal 400 Euro an „Negativsteuer“ zu. Hastest du noch Anspruch auf eine Pendlerpauschale, kannst du sogar bis maximal 500 Euro erhalten. Den Pendlerzuschlag gibt es aber nur dann, wenn tatsächlich Fahrtkosten anfallen! Wenn du über 1255 Euro brutto Lehrlingsentschädigung monatlich verdienst, dann melde dich bei uns.

► **Link:** Auf www.ak-vorarlberg.at/anvlehrling wird dir Schritt für Schritt erklärt, wie du zu deinen Sozialversicherungsbeiträgen beim Finanzamt kommst.

Auflösung des Rätsels von Seite 10

■ ■ ■ S F A T O ■ ■ ■
 A B F A L L V E R T R A U E N
 L N A L I M E N T E H I
 R U N D U M S A U U R E E
 F A R B I G I A N D E N
 E F T A N K L A N G M K
 H I G L U S K H I E R
 S A L D O W M E L I S S E
 O R N E K A N A T E E T
 I H A R N I S C H R O D E
 N B A L O T H T A T A R
 Z A I R E S S T I R N H
 G A A P R I L E A L A
 A N L A G E R O S M A R I N
 R O D E O G E S T A L T E N

Das gesuchte Lösungswort lautet: ARBEITSPLATZ



Bei den Landesmeisterschaften wie zuletzt „Haarwerk 2017“ im Feldkircher Montforthaus stellt Vorarlbergs Friseurnachwuchs regelmäßig hohes Niveau unter Beweis und punktet mit viel Kreativität, Ideenreichtum und Engagement.

TREFFPUNKT AK VORARLBERG Menschen bewegen

ZAHLE DES MONATS.

Österreicher flexibel: Zwei Drittel der jungen Männer und jede zweite Frau würden für eine neue Arbeitsstelle umziehen, hat die Statistik Austria ermittelt.



ZERO. Finanzminister Hartwig Löger ist gegen neue Transparenzregeln für Großkonzerne in der EU. Das erübrigt jeden Kommentar.



HERO. Eigentlich sind das gleich Hunderttausende, jene nämlich, die sich via Volksbegehren für den Nichtraucherschutz starkmachen.

„Hilfe – Doppelt gebucht!“ ist noch nicht ausgebucht

Noch sind Restplätze für das musikalische Kabarett „Hilfe – Doppelt gebucht!“ des kongenialen Duos Markus Linder und Hubert Trenkwalder verfügbar.

SONNENBLUME. Schon vergangenes Jahr haben **Markus Linder** und **Hubert Trenkwalder** mit dem Programm „Zugi meets Blues“ Besucher quer durch das ganze Ländle begeistert. Diese künstlerische Kooperation zwischen Vorarlberg und Tirol findet mit „Hilfe – Doppelt gebucht!“ ab dem 8. März ihre Fortsetzung.

Seit Bekanntgabe des neuen Programms stehen die Telefone für die Anmeldung kaum still, es sind aber für alle Termine noch Plätze frei. „Diese Aktion ist eine Herzensangelegenheit für die AK Vorarlberg. Die Kombina-

tion aus Unterhaltung und Unterstützung für Menschen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, hat sich schon beim letzten Mal als Erfolgsgarant entpuppt,“ sagt AK-Präsident **Hubert Hämmerle**. So kamen beim Veranstaltungs-Zyklus 2017 mehr als 9000 Euro für „Ma hilft“ zusammen. Die neue Auflage des Musik-Kabarets wird zugunsten des Vereins Sonnenblume über die Bühne gehen. Dieser Verein unterstützt chronisch kranke Kinder, bei denen beispielsweise Heilbehelfe oder Behandlungen nicht von der Krankenkasse übernommen werden.



Markus Linder und Hubert Trenkwalder präsentieren ihr neues Programm für die AK Vorarlberg.

Hilfe – Doppelt gebucht!

- 8. März 2018, Reichshofsaal Lustenau
- 12. März 2018, Kulturbühne Schruns
- 15. März 2018, Ramschwagsaal Nenzing
- 9. April 2018, Hofsteigsaal Lauterach
- 16. April 2018, Kulturbühne Ambach Götzing
- 18. April 2018, Vinomnasaal Rankweil

Saaleinlass ist jeweils um 18.30 Uhr (Schruns 19 Uhr), die Vorstellungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr (Schruns 20 Uhr). Der Eintritt zu „Hilfe – Doppelt gebucht!“ ist kostenlos, inklusive einer kleinen Jause mit Getränk. Freiwillige Spenden kommen dem Verein Sonnenblume zu. Anmeldung: Petra Lange, petra.lange@ak-vorarlberg.at, Telefon 050/258-1622.



Die freiwilligen Spenden von „Hilfe – Doppelt gebucht!“ kommen dem Verein Sonnenblume zugute.



Personalreferentin Heike Eder (links) und AK-Direktor Rainer Keckeis (rechts) mit dem Gewinner Franz Gaggl.

AK auf Jobmesse

AK Vorarlberg besucht die Jobmesse der Fachhochschule und verlost iPad mini.

GEWINNER. Schon zum zweiten Mal hat die AK Vorarlberg an der Jobmesse der Fachhochschule Vorarlberg teilgenommen. Dabei konnte AK-Personalreferentin **Heike Eder** interessante Kontakte knüpfen und die Arbeiterkammer als Arbeitgeber präsentieren. Highlight der Messe war die Verlosung eines iPad mini unter den Besuchern des AK-Standes. Gewonnen wurde das iPad mini von **Franz Gaggl** aus Dornbirn.

BESUCH IN DER AK VORARLBERG



Drei Schulklassen besuchten zuletzt die AK Vorarlberg in Feldkirch. Die Klassen 4a und 4b der Mittelschule Alberschwende informierten sich über das breite Serviceangebot der Arbeiterkammer Vorarlberg. Jugendliche der Integra absolvierten ein Modul für den Finanzführerschein in der AK Vorarlberg.



Fotos: Schöndorfer, Gruber / picturedesk.com

Foto: Brigitte Albu

Fotos: Bernd Hofmeister

Fotos: Jürgen Gorbach, AK